

DIE ALTERNATIVE



LEISTUNGSTRÄGER

**SOZIALE ARBEIT IST MEHR WERT •
KINDERGARTENPAKET:
EIN WEIHNACHTSWUNDER?**

Herausgegeben von



Jänner/Feber 2010

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558

Alternative 11/12: Der Fehlerteufel war da ...

In den Artikel „Verteilung: Ganz elitär“ in der letzten „Alternative 11/12“ haben sich doch tatsächlich ein paar Fehler eingeschlichen, die allerdings aufmerksamen Alternative-LeserInnen nicht entgangen sind. Tja, so was kann leider passieren und wir danken für die Hinweise unserer LeserInnen: natürlich hält das oberste Promille, also die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung nicht 0,1 Prozent des Vermögens, sondern 8 Prozent des Geldvermögens.

Und bei den Angaben der SteuerzahlerInnen und vermeintlichen Nicht-SteuerzahlerInnen ist regelmäßig hinter der ersten Ziffer das Komma verschwunden: Tatsächlich sind es 3,198 Millionen, nicht 3198 Millionen, die – so die Industriellenvereinigung – ihr Geld nicht vom Staat erhalten, und entsprechend 3,178 Millionen und nicht 3178 Millionen die ihr Geld angeblich vom Staat bekommen.

Wir wollen damit diese Fehler, die sich eingeschlichen haben, selbstverständlich korrigieren und wünschen uns weiter so aufmerksame LeserInnen.

Nochmals sorry!

Markus Koza



Endlich: Ehrung für Eva Geber

OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25, MEDIENGESETZ

Medieninhaber der „Alternative“ ist der Verein „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen – UG“. Mitglieder des Bundesarbeitsausschusses sind: Klaudia Paiha, Ilse Löwe-Vogl, Willi Pöll, Anton Hedenig, Peter Grusch, Juliane Hartig, Samir Kesetovic, Robert Müllner, Haydar Aydemir, Helmut Deutinger.

Herausgegeben wird die „Alternative“ von den „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“ (UG). Die Unabhängigen GewerkschafterInnen – ein Zusammenschluß überparteilicher und unabhängiger Listen im ÖGB – sind eine Gewerkschaftsfraktion, die für die Demokratisierung der Arbeitswelt und der Gewerkschaften eintritt. Die Linie der „Alternative“ wird von diesen Intentionen bestimmt. Geschäftsführende Vorsitzende der UG ist Lisa Langbein, Finanzreferent Peter Grusch.



Termine Feber/März

Grundschulungs- & Weiterbildungstermine für BetriebsrätInnen und Interessierte.

Weiterbildung

**Freitag, 19. Feber 2010,
16 bis 20 Uhr**

Thema: „Der Bags-Kollektivvertrag“:

- Der Bags-KV – generell erklärt
- Was ändert sich?
- Vorteile und Nachteile ...

Von und mit:

Mag. Reinhard Kaufmann.

Grundschulung

**Samstag, 13. März 2010,
10 bis 17 Uhr**

Zielgruppe: BetriebsrätInnen, ErsatzbetriebsrätInnen, an einer Betriebsratsgründung Interessierte

Inhalt:

- Grundbegriffe des Arbeits- und des Arbeitsverfassungsrechts
- Einführung in die Grundlagen von Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik
- Vorstellung ÖGB, Arbeiterkammer und AUGE/UG.

ReferentIn:

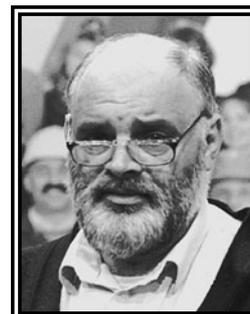
Christine Rudolf, Heinz Dürr.

Einzelberatungen sind möglich.
Terminvereinbarungen im Büro.

Ort und Anmeldung für alle Termine:
AUGE/UG-Büro, Belvederegasse 10/1,
1040 Wien, (01) 505 19 52.

DIE ALTERNATIVE

IM JÄNNER/FEBER



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

MAGAZIN

Leistungsträger. Seite 4

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Basisorientierung statt „Co-Management“ Seite 9
Kindergärten: Ein Weihnachtswunder? Seite 10
Kommentar: ... doch lieber zum Schmiedl Seite 12
Soziale Arbeit ist mehr wert Seite 16
Wahlen im Öffentlichen Dienst: Trotz allem Seite 18
Krankenanstalten: Respekt. Seite 20
Bildungsbudget: Überschuss Seite 22
Wien: SES oder die gläserne MitarbeiterIn Seite 24

AKTUELL

Asyl: Fekters Guantanamo Seite 25
Audimax: Geschichte einer Eskalation Seite 26

SPEZIAL MUCH

. Seite 14

LEISTUNGSTRÄGER

Eine Studie britischer ÖkonomInnen bringt ein interessantes Ergebnis an die Öffentlichkeit: Der gesellschaftliche Wert der Arbeit von Putzfrauen ist ungleich wertvoller als der von Bankern. Zum Glück liest Markus Koza solche Arbeiten. Und berichtet dann in der Alternative darüber (Seite 4).

18 Millionen Euro kostet die Stadt Wien das „Kindergartenpaket“, das am 23. Dezember abgeschlossen wurde. Die Gewerkschaftsführung spricht von einem „Weihnachtswunder“ und die FSG preist ihre Kompetenz bei Arbeitskämpfen. Beides ist ebenso absurd wie falsch. Das Engagement der Basis, die Unterschriftenaktion und die beiden viel beachteten Demos haben diesen Erfolg erst möglich gemacht (Seite 10).

7500 Beschäftigte im privaten Sozialbereich waren österreichweit ebenfalls auf der Straße, um für einen besseren KV-Abschluss zu demonstrieren. Auch diese Aktion war erfolgreich: 1,5 Prozent, mindestens aber 24 Euro wurde beim BAGS-KV abgeschlossen. Die GPA würdigt auf ihrer Website – im Gegensatz zur GdG – den Einsatz der Basis. Wahrscheinlich, weil dort heuer keine Wahlen mehr anstehen (seite 16)

Bildungsbudget: Finanzminister Pröll könnte ohne weiteres die Schul-Mieten an die Bundesimmobiliengesellschaft zahlen. Reinhart Sellner rechnet vor, dass die LehrerInnen satte 120 Millionen ins Budget einbringen (Seite 22). Fazit: Her mit der Bildungsmilliarde!

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB)
Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775
Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst.
Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Wir haben es ja immer schon vermutet. Nun liefert eine Studie britischer ÖkonomInnen den Beleg: der gesellschaftliche Wert der Arbeit von Putzkräften ist ungleich wertvoller als jener von Bankern. *Von Markus Koza.*

LEISTUNGSTRÄGER

Tragen diejenigen, die mehr verdienen, auch mehr zur Gesellschaft bei?" fragen die AutorInnen der Studie „A Bit Rich: Calculating the real value to society for different professions“ von der britischen „new economics foundation“ (NEF). Die „Leistungsträger“ seien die Stützen unserer Gesellschaft, heißt es ja bekanntlich auch in Österreich. Leistungsträger sind dabei meist jene, die ein deutlich überdurchschnittliches Einkommen beziehen, einen – angeblich – entsprechend höheren Beitrag am Steueraufkommen leisten, denen hartes Arbeiten unterstellt wird. Leistungsträger sind jene, die es regelmäßig zu entlasten gilt, weil ihr Beitrag zur Gesellschaft ohnehin schon ein überproportionaler sei.

Die „new economics foundation“ geht nun also der Frage nach, ob das entsprechende Einkommen unterschiedlichster Berufsgruppen denn auch tatsächlich den gesellschaftlichen Wert ihrer Arbeit widerspiegelt. Also, ob der gesellschaftliche Nutzen ihrer Arbeit tatsächlich ein entsprechend hohes beziehungsweise niedriges Einkommen rechtfertigt. Verglichen werden dabei sechs Professionen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. BankerInnen der City of London, Wer-

beexpertInnen, Reinigungskräfte in Krankenhäusern, SteuerberaterInnen, KinderbetreuerInnen und Personen, die im Abfallrecycling arbeiten. SpitzenverdienerInnen mit einem – zumindest bis vor kurzem – hohen gesellschaftlichen Status auf der einen Seite, NiedrigverdienerInnen mit einem nicht unbedingt besonders hohen sozialen Ansehen auf der anderen.

Für ihre Analyse verwendeten die kritischen ÖkonomInnen den sogenannten SROI-Ansatz („Social Return on Investment“). Dieser Ansatz wird in diesem Falle von den AutorInnen herangezogen, um die von den untersuchten Berufsgruppen geleistete Arbeit nicht nur hinsichtlich ihres (betriebs)wirtschaftlichen und individuellen Nutzens zu bewerten, sondern vor allem auch hinsichtlich ihres Werts für die Gesellschaft – ob sie soziale und ökologische „Wohlfahrtsgewinne“ für die Allgemeinheit mit sich bringt, oder im Gegenteil sogar einen Schaden verursacht. Anders erklärt: Wie beeinflusst die Arbeit einzelner Berufsgruppen andere Gruppen positiv wie auch negativ, welcher gesellschaftliche Schaden oder Nutzen entsteht aus der geleisteten Arbeit. Und: Leisten jene, die ein hohes individuelles Einkommen beziehen, auch einen höheren Beitrag für den gesellschaftlichen Wohlstand?

Die Ergebnisse der Analyse lassen dabei auch auf Österreich entsprechende Schlüsse zu. Eines kann bereits jetzt vorweggenommen werden, auch wenn sich die Ergebnisse – darauf legen die AutorInnen ebenfalls wert – keineswegs auf alle Formen von Tätigkeiten, die hoch beziehungsweise niedrig entlohnt werden, umlegen lassen: Die Reichen werden nicht erfreut sein. Und

die Leistung so mancher selbst ernannten Leistungsträger erscheinen gleich in einem ganz anderen, wenn auch keineswegs besonders unerwarteten Licht.

DIE LONDONER CITY BANKER

Die Investmentbanker in der City of London gehören zu den bestverdienenden Personengruppen Großbritanniens. Zwischen fünfhunderttausend und zehn Millionen britische Pfund verdienen Londoner Banker. Der volkswirtschaftliche Nutzen, den sie allerdings bringen, steht in keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen.

Ganz im Gegenteil: Vielmehr ist der Schaden, der von ihrer Arbeit ausgeht, enorm. Londons City Banker waren und sind entscheidend mit für den Zusammenbruch des globalen Finanzsystems verantwortlich, das teure Bankenrettungspakete und entsprechend hohe Budgetdefizite beziehungsweise Staatsschulden zur Folge hat.

Die Aktivitäten der City Banker haben massive – negative Folgen – auf Beschäftigung, volkswirtschaftliche Entwicklung und Steuereinnahmen in Großbritannien – bewirkt. Dem gegenüber stehen beziehungsweise standen die Steuerleistungen, der Beitrag zu Beschäftigung in der Finanzbranche und der Beitrag zur britischen Volkswirtschaft – der allerdings mit maximal drei Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung überraschend bescheiden ist. Die Bilanz ist jedenfalls deutlich negativ: Über eine Periode von zwanzig Jahren gerechnet vernichtet jeder von einem Banker verdiente Pfund an Einkommen gleichzeitig sieben Pfund an gesellschaftlichen Wohlstand in Großbritannien, berechnen die Auto-



MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM
ÖGB-BUNDESVERSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGÉ/UG IN WIEN.

rInnen. Bei geradezu astronomisch hohen Einkommen ...

KINDERBETREUERINNEN

Beschäftigte in der Kinderbetreuung verdienen in Großbritannien durchschnittlich 12.500 Pfund im Jahr, befinden sich also am unteren Ende der Einkommenspyramide. Der gesellschaftliche Nutzen, der von ihrer Arbeit ausgeht, ist allerdings ungleich höher: nicht nur, dass eine umfassende Betreuung von (Klein)Kindern beiden Elternteilen ermöglicht, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und damit ein eigenständiges Einkommen zu generieren, ist Kinderbetreuung und Bildung, beginnend im frühen Kindesalter, eine wesentliche Voraussetzung für Chancengleichheit, Förderung von Begabung und entscheidend für den weiteren Bildungsweg – und damit auch für qualifizierte Arbeit und entsprechend höhere Einkommen. Das Ergebnis der Untersuchung: jedes bezahlte Pfund an Einkommen für Kinderbetreuung generiert sieben Pfund an gesellschaftlichem Wohlstand. Werden noch die geringeren sozialen Probleme, die aus besseren Startbedingungen ins Berufsleben, als Folge von Bildung für die Gesellschaft entstehen, miteinbezogen, so erhöht sich der gesellschaftliche Wohlstand auf 9,50 Pfund. Im Vergleich zum Output an gesellschaftlichem Wohlstand, sind in der Kinderbetreuung Tätige also deutlich unterbezahlt.

REINIGUNGSKRÄFTE IN SPITÄLERN, WERBEFACHLEUTE

Ähnlich verhält es sich bei Reinigungskräften in Spitälern. Auch ihre – niedrige – Bezahlung entspricht nicht annähernd dem gesellschaftlichen Nutzen, der aus ihrer Arbeit resultiert. Reinigungskräfte in Krankenhäusern sind entscheidend mit dafür verantwortlich, dass es nicht zur Ausbreitung von Infektionskrankheiten kommt. Die Hygiene in Krankenhäusern, die Folge von Putztätigkeiten ist, wird vielfach unterschätzt. Entsprechend der Beitrag von Reinigungspersonal zum öffentlichen Gesundheitswesen allgemein. Die NEF schätzt den gesellschaftlichen Nutzen auf zehn Pfund für jedes bezahlte Pfund an Einkommen für Putzpersonal in Spitälern. Genau umge-



kehrt verhält es sich dagegen bei Werbefachleuten. Sie gehören mit zu den Topverdienern in Großbritannien mit Jahreseinkommen zwischen 50.000 (Angestellte/r) und 12 Millionen Pfund (Spitzenkräfte) jährlich. Der gesellschaftliche Schaden, den sie anrichten ist ebenfalls beträchtlich: für jedes Pfund, das sie erwirtschaften, verursachen sie einen Schaden von elf Pfund, hat die Foundation berechnet. Die AutorInnen rechnen in die Negativbilanz der Werbebranche soziale und ökologische Kosten ein, die in Folge von Werbung entsteht: etwa Überkonsumation als ökologisches Problem, Überschuldung als soziales Problem. Gegengerechnet werden dagegen Jobs, die in Werbung und Industrie entstehen. In Summe bilanziert die Werbebranche dennoch sozial wie ökologisch negativ.

BESCHÄFTIGTE IM ABFALLRECYCLING

Recycling reduziert die gesellschaftlichen und ökologischen Kosten, die aus CO₂-Emissionen entstehen, führt zu weniger Müll und damit auch zu weniger Müllhalden mit entsprechenden ökologischen und sozialen Folgekosten. Recycelte Produkte stellen eine „Wiedergeblichswert“ dar. Die Arbeit von Beschäftigten im Abfallrecycling erzeugt volkswirtschaftliche Wertschöpfung. In Summe errechnet die „new economics foundation“ einen gesellschaftlichen Wohlfahrtsgewinn von zwölf Pfund für jedes einzelne Pfund, das an einen Beschäftigten aus der Recyclingindustrie gezahlt wird. Das durchschnittliche Einkommen eines/r Recycling-ArbeiterIn

liegt in Großbritannien übrigens bei 13.650 Pfund jährlich.

STEUERBERATERINNEN

Da stellt sich die Einkommenssituation bei SteuerberaterInnen schon ganz anders dar. Die verdienen nämlich jenseits des Ärmelkanals gleich einmal zwischen 75.000 und 200.000 Pfund jährlich. Und der Schaden, den sie an der britischen Allgemeinheit anrichten, ist enorm: Das liegt an ihrer Profession. Wer kann sich vor allem SteuerberaterInnen leisten? Eher einkommensstarke Personen, vor allem auch Unternehmen, ganze Teams an besonders viften SteuerberaterInnen vor allem Großunternehmen und Konzerne. Je weniger an Steuern diese einkommensstarken Gruppen zahlen, desto besser ist es für sie und für den/die SteuerberaterIn selbst – desto schlechter ist es allerdings für die Allgemeinheit (in Österreich bietet zumindest die Arbeiterkammer Steuerberatung im Rahmen von Steuerspartagen für ArbeitnehmerInnen an, die so vielfach überhaupt erst draufkommen, dass besonders einkommensschwache etwa, einen Anspruch auf Negativsteuer haben) – etwa hinsichtlich der Finanzierung und Erbringung öffentlicher Leistungen. Und sie, die sie sich keine SteuerberaterInnen leisten können, zahlen auch entsprechend brav. Für jedes erwirtschaftete Pfund eines/r SteuerberaterIn gehen der britischen Allgemeinheit stolze 47 Pfund verloren.

Bitte umblättern



MYTHEN DER EINKOMMENSVERTEILUNG

Aber – so tönt es immer wieder aus den Reihen der SpitzenverdienerInnen – pardon – natürlich „Leistungsträgern“ und ihrer AgentInnen – ist denn nicht der Beitrag der Reichen und Wohlhabenden – also von ihnen – zur Gesellschaft nicht dennoch überdurchschnittlich hoch? Mensch denke nur an die Steuern, an die großzügigen Spenden. Und außerdem: Leistungsträger verdienen mehr, weil sie einfach mehr arbeiten, weil sie verantwortungsvolle Jobs haben, weil sie auch entsprechende wirtschaftliche Leistungen bringen und ihre Unternehmen auf Vordermann bringen. Und außerdem: machen denn nicht gerade Lohnunterschiede ehrgeizig und so richtig leistungswillig? Wenn es keine Ungleichheit bei den Einkommen gibt, wer strengt sich denn dann noch an? Und: ein Land, das die besten Köpfe weltweit haben will, muss auch entsprechend gut zahlen – sonst wandern unsere Spitzenkräfte ab. Auch einige, dieser immer wieder vorgebrachten Behauptungen entkräftet die Studie der NEF als Mythen.

Mythos: Die Reichen leisten einen höheren Beitrag zur Gesellschaft

Die Wohlhabenden und all die „Leistungsträger“ in der Gesellschaft gehören in der Regel nicht zu denen, die ihr Licht bescheiden unter den Scheffel stellen. Sie zahlen mehr Steuern und spenden auch großzügig, behaupten sie immer wieder. Das stimmt weder für Großbritannien, noch für Österreich. In Großbritannien zahlen die einkommensstärksten Gruppen proportional

weniger an Steuern, als die einkommensschwächsten.

In Österreich stellt sich die Lage nur geringfügig anders dar: so belegt der WIFO-Bericht „Umverteilung in Österreich“, dass die Progressivität in unserem Steuersystem nur schwach ausgebildet ist und das oberste Einkommenszehntel nur geringfügig weniger an Steuern und Abgaben zahlt, als das unterste Einkommenszehntel – nämlich 40 Prozent ganz oben und 37,6 Prozent ganz unten. Hinsichtlich vermögensbezogener Steuern ist Österreich so ziemlich internationales Schlusslicht: laut OECD („OECD-Revenue Statistics 2009“) lag das Aufkommen aus Vermögenssteuern in Österreich im Jahr 2008 gerade einmal bei 0,5 Prozent des BIP (OECD-Durchschnitt: 1,9 Prozent, Großbritannien, 2007, 4,6 Prozent des BIP).

Schlecht schaut's auch um die Spenderfreudigkeit der Reichsten aus, Charity hin Charity her. Zumindest in Großbritannien: die Top fünf Prozent der reichsten Haushalte spenden ein Prozent ihres Einkommens. Die einkommensschwächsten zehn Prozent der Haushalte dagegen drei Prozent. In Österreich sind Spenden an bestimmte Organisationen übrigens seit der Steuerreform steuerlich absetzbar – natürlich nur für diejenigen, die auch Einkommenssteuer zahlen. Wer spendet, zahlt weniger Steuern. Mehr privat, weniger Staat auch hier.

Die Menschenfreundlichkeit wächst offensichtlich nicht mit dem Einkommen. Die NEF-AutorInnen führen zur vermeintlichen Menschenliebe der Reichsten einen leicht ironischen Kom-

mentar von Polly Toynee, britische Bürgerrechtlerin und Journalistin, an: „Wahre Menschenliebe äußert sich in der modernen Welt durch eine freundliche Einstellung gegenüber Steuern“. Und diese Einstellung ist ja bei reichen Philantropen interessanterweise eher selten zu finden. Nun, jede Menschenliebe hat bekanntlich ihre Grenzen. Vor allem dann, wenn sie nicht entsprechend publicitywirksam ist.

Mythos: SpitzenverdienerInnen arbeiten einfach härter

Eine gerne vorgebrachte Behauptung: Spitzenkräfte, „Leistungsträger“ arbeiten länger und härter als die Normalsterblichen und verdienen darum auch mehr. Diese Behauptung entspricht natürlich nicht unbedingt den Tatsachen. Gerade die einkommensschwächsten Gruppen sind vielfach gezwungen Überstunden zu schieben, um annähernd ein existenzsicherndes Einkommen zu bekommen, ganz abgesehen von jenen gar nicht wenigen „working poor“, die gleich mehreren Arbeitsverhältnissen nachgehen müssen, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Vollkommen ausgeblendet aus dieser Sichtweise bleibt die Tatsache, dass ein guter Teil an Arbeit in der Reproduktionssphäre – also im Haushalt – abgeleistet wird und hier in überwältigendem Ausmaß von Frauen, die auch überproportional in Niedriglohnbranchen zu finden sind. In Österreich beläuft sich die durchschnittliche Gesamtarbeit (bezahlte und unbezahlte Arbeit) von Frauen auf 45 Stunden in der Woche, bei Männern auf 35 Stunden (Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren, inklusive PensionistInnen). Frauen leisten 58 Prozent der Gesamtarbeit, 80 Prozent der unbezahlten, allerdings nur 40 Prozent der bezahlten Arbeit. Erwerbstätige Frauen haben eine wöchentliche Gesamtarbeitsbelastung von 64,0 Stunden (erwerbstätige Männer von 48,4 Stunden) – davon 18,3 Stunden für Hausarbeit (Männer: 4,1 Stunden) und 11,2 Stunden für Kinderbetreuung (Männer: 3,3 Stunden). Auf bezahlte Erwerbstätigkeit fallen bei Frauen 34,5 Stunden, bei Männern 41 Stunden (Daten: „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“, Ergebnisse des Mikrozensus 2002, Statistik Austria). Für Großbritannien heißt das etwa, dass die einkommensschwächsten Schichten durchschnittlich täglich

um 82 Minuten mehr an Hausarbeit leisten (das sind rund 9,6 Stunden in der Woche), als die einkommensstärksten. Länger und härter Arbeiten bringt jedenfalls denen kein Spitzeneinkommen, die in der Einkommenshierarchie am unteren Ende liegen und dann dummerweise auch noch weiblich sind. Hart und lang arbeiten steht damit nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit hohen Einkommen.

Mythos: Spitzeneinkommen von Managern belegen deren Spitzenleistungen für ihre Unternehmen

Nun, diese Behauptung, die sich über Jahrzehnte hindurch hartnäckig gehalten hat – dass nämlich Spitzenkräfte darum ein Spitzeneinkommen erzielen, weil sie ihre Unternehmen an die Spitze gebracht haben – glaubt ja inzwischen kaum mehr jemand.

Tatsächlich sind die Einkommen von Spitzenmanagern in den letzten Jahren exorbitant gestiegen. In Großbritannien ist im letzten Jahrzehnt das durchschnittliche Einkommen eines Spitzenmanagers in der Vorstandsetage vom 47fachen auf das 128fache eines durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen einkommens gestiegen. In Österreich vom 37fachen im Jahr 2005 auf das 48fache im Krisenjahr 2008.

Dass der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Spitzeneinkommen nicht gegeben ist, belegen in der NEF-Studie veröffentlichte Zahlen: Während im Krisenjahr 2008 Großbritanniens Unternehmen ein Drittel ihres Firmenwertes verloren, erhöhten die Vorstände ihr Einkommen um zehn Prozent. Während viertausendfünfhundert Londoner Beschäftigte von Lehman Brothers gekündigt wurden, erhielten die drei Londoner Top-Vorstände noch vierundzwanzig Millionen Dollar. Banken wurden mit Staatsgeldern vor dem sonst sicheren Untergang gerettet, die Vorstandsmitglieder ließen sich dennoch ihre Spitzeneinkommen und Boni auszahlen – wie eh und je.

Oder fette Abfertigungen, falls sie doch aus den Spitzenetagen entfernt wurden. Jeroen van der Veer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Royal Dutch Shell, wird in der Studie sinngemäß zitiert: „Nehmen Sie einfach zur Kenntnis: Wenn ich fünfzig Prozent mehr gezahlt bekomme, bedeutet das nicht, dass ich irgendwas besser gemacht hätte. Und wenn ich fünfzig Pro-



zent weniger bekomme, heißt das genauso wenig, dass ich irgendwas schlechter gemacht hätte.“ Interessant auch die Behauptung, wonach Spitzeneinkommen in den oberen Etagen die besten Köpfe aus der ganzen Welt ins Land ziehen würden, die sonst niemals kommen würden. Das würde die eigene Wirtschaft produktiver und wettbewerbsfähiger machen und die anderen alt aussehen lassen. Auch diese Behauptungen halten einen näheren Betrachtung nicht besonders stand: so wird eine Studie der Work Foundation („Life on the Top“) zitiert, wonach sechzig Prozent der Vorstandsvorsitzenden der zweihundertfünfzig Top-Unternehmen in Großbritannien in ihrem Unternehmen seit mehr als acht Jahren arbeiten. Offensichtlich sind die Top-Spitzenkräfte doch nicht so mobil und flexibel, wie gerne unterstellt wird. Und entgegen der Behauptung, der Markt der Spitzenmanager sei so global, wurde festgestellt, dass erstaunliche 86 Prozent der Spitzenkräfte in den britischen Top-Unternehmen doch tatsächlich BritInnen sind. Und nicht zuletzt: obwohl deutsche und französische Vorstandsvorsitzende „schlechter“ bezahlt sind als ihre britischen KollegInnen, sind deren Unternehmen produktiver. Und nicht zuletzt hat die globale Wirtschaftskrise wohl eines eindrucksvoll belegt: Es sind offensichtlich nicht die besten Köpfe, die da an den Spitzen so mancher Unternehmen und Banken sitzen. Trotz Spitzeneinkommen ...

Mythos: Hohe Einkommen spornen zu mehr Ehrgeiz und Leistung an

Tja, gebe es die da ganz oben nicht, hätten die da unten ja keine Vorbilder,

kein Ziel, wo sie einmal hin wollen. Wer sich anstrengt hat die Chance, auch ganz nach oben zu kommen. Jeder kann die soziale Leiter empor klettern. Nun, soziale Mobilität müsste ja eigentlich in beide Richtungen stattfinden. Aufstieg, wie Abstieg. Schließlich müssten ja ganz oben wohl mindestens ebenso viele Unbegabte sitzen, wie unten Begabte. Entsprechend würden die einen in Topjobs landen, die anderen in Berufen die weniger Qualifikation erfordern. Die soziale Realität sieht anders aus.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Söhne und Töchter von SpitzenverdienerInnen Reinigungskräfte in Krankenhäusern werden, ist gering. Bei Söhnen und Töchtern einkommensschwacher Gruppen allerdings unabhängig von Begabungen und Fähigkeiten, höher. Für Großbritannien gilt jedenfalls: die meisten Menschen beenden ihr Leben hinsichtlich ihrer Einkommenssituation unter den gleichen Verhältnissen, wie ihre Eltern und Großeltern. Da die Luft oben immer dünner wird, steigen nur die wenigsten ArbeiterInnenkinder in den Olymp eines City Bankers auf, genauso wie die wenigsten Kinder von City Managern absteigen. City Manager haben dabei einen großen Vorteil: sie können ihren Kindern, seien sie noch so unbegabt, in ungleich größerem Ausmaß Bildung und Chancen ermöglichen, notfalls auch kaufen. Andere haben diese Chancen nie. Der Traum vom sozialen Aufstieg bleibt – gerade in einer Klassengesellschaft wie Großbritannien – ein Traum. Nun, wie be-

Bitte umblättern



reits erwähnt, die britische Gesellschaft hat einen besonders ausgeprägten Klassencharakter. Soziale Mobilität ist allerdings auch in Österreich nicht besonders ausgeprägt.

Bildung und damit Einkommen wird auch in Österreich „vererbt“, das österreichische Bildungssystem wirkt – nicht zuletzt aufgrund des Fehlens der gemeinsamen Schule und mangels ausreichender Angebote früh(st)kindlicher Betreuungs- und Bildungseinrichtungen – sozial selektiv, Kinder „bildungsferner“ Schichten bleiben tendenziell „bildungsferne“: so finden 61 Prozent der Mädchen, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsgrad haben, die Matura nicht erstrebenswert, sogar 75 Prozent der Buben (höchster Abschluss der Eltern Universität: Mädchen die nicht die Matura anstreben: 12,6 Prozent, Buben 24,9 Prozent, (Wirtschaft und Gesellschaft 4/2008, Netter/Schweitzer/Völkerer: „Inwieweit wird Bildung vererbt?“). Sozial weitaus durchlässiger sind dagegen Staaten mit egalitären Bildungssystemen – wie etwa die skandinavischen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

„Das Gehalt reflektiert oft nicht den wahren Wert, der geschaffen wird. Als Gesellschaft brauchen wir eine Lohnstruktur, die Arbeitsstellen auszeichnet, die den meisten sozialen Nutzen bringen, und nicht Profite auf Kosten von Umwelt und Gesellschaft machen,“ schlussfolgert Eilis Lawlor, eine Sprecherin der „new economic foundation“ gegenüber BBC Online. Es ginge nicht

darum, Berufsgruppen mit hohem Gehalt zu diskreditieren oder mehr Lohn für schlecht bezahlte Jobs zu fordern. „Es geht um etwas noch Grundsätzlicheres: Es sollte einen Zusammenhang geben zwischen dem, was wir für eine Arbeit bezahlt bekommen, und dem Wert, den sie für die Gesellschaft schafft,“ zitiert ORF-online die Sprecherin weiter.

DIE FORDERUNGEN DER NEF

- Eine öffentliche und politische Diskussion beziehungsweise Regulierung von Spitzengehältern: So sei etwa die Einrichtung einer „High Pay Commission“ vorstellbar. Eine ihrer Aufgaben sollte sein, Empfehlungen zu maximal zulässigen Lohnunterschieden zu verabschieden. Die Höhe von Einkommen und Einkommensdifferenzen sollen nachvollziehbar entlang des gesellschaftlichen Wertes von Arbeit festgemacht werden.
- Wirkungsvolle Anti-Diskriminierungsmaßnahmen: Durch „positive Diskriminierung“ – also gezielte Bevorzugung und Förderung Angehöriger einkommensschwacher Schichten – soll tatsächlich soziale Durchlässigkeit und gesellschaftlicher wie beruflicher „Aufstieg“ ermöglicht werden.
- Einbeziehung von sozialen und ökologischen Kosten/Gewinnen in Preise: Preise bilden vielfach nur die Produktionskosten ab, allerdings nicht ökologische und soziale Kosten, die der Gesellschaft entstehen. Diese „externen“ Kosten gehören also „internalisiert“, z.B. durch Umweltsteuern auf ökologisch bedenkliche Produkte. Soziale und öko-

logische Kosten beziehungsweise Gewinne sind auch bei Löhnen – diese sind ja Preise für die verkaufte Arbeitskraft – zu berücksichtigen.

- Ein progressiveres Steuersystem: Das beinhaltet die höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen ebenso wie höhere Steuern auf Kapital und Vermögen. Und die längst überfällige Schließung von Steueroasen gegen Steuerflucht.

- Eine „grüne“ Industriepolitik: Ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, die Schaffung von qualifizierten, gesellschaftlich wertvollen „Green Jobs“ (inklusive entsprechender Qualifizierungsoffensive), nicht zuletzt, um jene Arbeitsplätze zu ersetzen, die in anderen Industrien beziehungsweise Branchen verloren gehen.

- Neue Formen von Eigentum: Die Gründung von gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und Genossenschaften sowie andere Formen kollektiven Wirtschaftens, sind zu fördern. Kollektivwirtschaftlich, solidarisch organisierte Unternehmen führen zu einer gerechteren und demokratischeren Verteilung von Erträgen und Einkommen.

- Investitionen in Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, um allen Kindern, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Chancengerechtigkeit zu ermöglichen, individuelle Fähigkeiten zu fördern, Schwächen auszugleichen und beiden Elternteilen die volle Erwerbsfähigkeit zu ermöglichen. Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen erhöhen zusätzlich Geschlechtergerechtigkeit und eröffnen beiden Elternteilen Karrierechancen.

Wer sich nicht davon abschrecken lässt, dass die Studie nur in englischer Sprache verfügbar ist, kann sie nachlesen^{*)}. Und eines sei garantiert: sie ist nicht nur spannend, sondern auch durchaus unterhaltsam. Wissenschaft, wie sie auch sein kann. Und dabei so progressiv.

^{*)} http://www.neweconomics.org/sites/neweconomics.org/files/A_Bit_Rich.pdf

BASISORIENTIERUNG & DEMOKRATIE STATT „CO-MANAGEMENT“

Die KIV ist 1978 als Gewerkschafts-Gruppierung entstanden. Trotz aller Kritik an der aktuellen Gewerkschaftspolitik stehen wir auch heute noch dazu.

Es gibt ganz einfach keine realistische Alternative zur gewerkschaftlichen Organisation von ArbeitnehmerInnen. Der einzige Weg zur Veränderung der Gewerkschafts-Politik sind die Gewerkschafts-Wahlen. So langwierig und mühsam so ein Projekt auch sein mag. Wer eine Änderung will, muss sie auch wählen!

STICHWORTE:

- Personalpolitik der Stadt,
- Lebensqualität am Arbeitsplatz,
- Ausgliederungen & Privatisierungen,
- Verschlechterung des Dienstrechts,
- Pensionsreformen,
- Gehaltspolitik,
- Basisdemokratie,
- Mobbing,
- Burnout,
- New Public Management,
- Neoliberalismus u. s. w.

WER HAT UNS VERRATEN..?

Unsere Positionen zu diesen und anderen Themen über viele Jahre hinweg sind nachlesbar auf unserer Homepage (www.kiv.at).

Und noch etwas vertreten wir seit Jahren konsequent: Unsere Auffassung von der Unvereinbarkeit einer Spitzengewerkschafts-Funktion mit der eines Landtags- oder Gemeinderats-Abgeordneten. Das sei eine wichtige gewerkschaftliche Einflussmöglichkeit, entgegenen uns die KollegInnen der Mehrheitsfraktion regelmäßig. Tatsache ist: Nicht ein einziges Mal haben „unsere“ VertreterInnen sich auch nur der Stimme enthalten, wenn es um Beschlüsse gegen die Interessen von Gemeinde-Bediensteten ging.

Sie haben alles mitgetragen, was von der SPÖ-Wien beziehungsweise der Landesregierung ausgeheckt wurde: Ausgliederungen, Privatisierungen, Ver-

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten-KMSfB hat einen grossen Vorzug: sie wählt ihre fraktionelle Zusammensetzung direkt. Das nächste Mal kommenden Mai.

Von Alfred Bastecky.



schlechterungen im Dienstrecht, Pensionsreformen und vieles mehr. Oft diametral entgegengesetzt zur gewerkschaftlichen Beschlusslage. So haben wir uns die „gewerkschaftliche Einflussnahme“ auf die Stadtpolitik nicht vorgestellt.

ZUR LAGE:

Es wird immer schwieriger, KollegInnen zum Beitritt zur Gewerkschaft zu bewegen. Viele KollegInnen bezweifeln, dass die Gewerkschaft etwas posi-

tiv verändern kann. Die Bereitschaft, für Gewerkschafts- und Personalvertretungs-Gremien zu kandidieren und sich zu engagieren, ist auch nicht gerade umwerfend.

Die Wahlbeteiligung bei Personalvertretungs- und Gewerkschafts-Wahlen sinkt ständig. Das sind Tatsachen und keine Schwarzmalereien.

PRINZIP CO-MANAGEMENT

Die Gewerkschafts-Führung setzt auf „Co-Management“, hat dabei aber regelmäßig schlechtere Karten als der Dienstgeber. Gegenüber den Mitgliedern wird konsequent die Service-Schiene gefahren. Da ist aber die Konkurrenz durch ÖAMTC, Club Suxxess und Bonuspunkte aller Art beträchtlich. Das heißt, die Existenz-Berechtigung von Gewerkschaften muss immer wieder politisch begründet werden. Dazu gehört auch, dass wir uns bei Bedarf darauf besinnen müssen, dass Gewerkschaften seinerzeit als „Kampfororganisationen“ gegründet wurden. Es ist die Aufgabe von Personalvertretung und Gewerkschaft, sich gegen negative Entwicklungen zu wehren. Unsere Gewerkschaftsspitze hätte die Pflicht, Missstände aufzuzeigen, ArbeitnehmerInnen-Rechte zu verteidigen und auf die Einhaltung der Mitwirkungsrechte des Wiener Personalvertretungs-Gesetzes zu achten. Aber auch Visionen in Richtung „Lebensqualität am Arbeitsplatz“ wären dringend zu entwickeln. Ein spezielles Problem ist sicher die ungesunde politische Nähe von Dienstgeberin und Gewerkschaft in Wien.

Die Spitzen der Gewerkschaft berufen sich mit ihrer Politik auf ihre 78 Prozent Zustimmung bei den letzten Wahlen. Wir meinen: Weniger wäre mehr. Demokratie, Basisorientierung, Transparenz und Kompetenz sind bei der derzeitigen Entwicklung der Arbeitswelt nötiger denn je.

Reden wir darüber! Reden wir über Lebensqualität am Arbeitsplatz! Reden wir über die Sinnhaftigkeit eines gewerkschaftlichen Engagements. Reden wir über die Wahlen 2010.

18 Millionen Euro für das Personal der Wiener Kindergärten.
Ein großer Erfolg mit einigen Schattenseiten. *Von Alfred Bastecky.*

EIN WEIHNACHTS- WUNDER?

23. Dezember wurden die Verhandlungen über das „Kindergartenpaket“ nach erstaunlich kurzer Zeit abgeschlossen. Sie brachten eine Besoldungsreform für das pädagogische Personal und Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, die allerdings erst bei ausreichendem Personalstand voll wirksam werden.

Als „Weihnachtswunder“ bezeichnet der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG-KMSfB), Christian Meidlinger, dieses Ergebnis.

Wir glauben nicht an Wunder. Wir wissen: ohne das Engagement der KIV, ohne die sensationelle Unterschriftenaktion des überfraktionellen Personenkomitees, ohne die klaren Anträge bei den Dienststellenversammlungen, ohne die beiden großen Demonstrationen am 17. Oktober und am 21. November 2009 und ihr gewaltiges Medienecho – mit einem Wort: ohne die beispielhaften Aktivitäten der vielen Kolleginnen und Kollegen wäre dieser Abschluss nicht zustande gekommen.

Wie immer hat ein „Sieg“ viele Väter und Mütter. Ohne Gewerkschaft wäre das nie erreicht worden, meint die Gewerkschaftsführung, nicht ohne dabei auf die Kompetenz der FSG bei Arbeitskämpfen zu verweisen. Eine Kompetenz, die die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen im Kindergarten allerdings nahezu zwanzig Jahre vermissen ließ. Sogar die ARGE versucht sich noch ein Scherzel des Erfolges abzuschneiden. Soll sein. Wichtig ist, dass endlich etwas geschehen ist.

HILFE ZUR SELBSTHILFE

Wir haben nie behauptet, dass es ohne Gewerkschaft geht. Wir sind – auch – eine Gewerkschaftsgruppierung und stehen dazu. Aber wir haben zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ aufgerufen, weil wir wussten, dass der schwerfällige Gewerkschaftsapparat nur mit massivem Druck von unten in Bewegung gesetzt werden kann. Dasselbe galt auch für die SP-Stadtregerung. Dass 2010 sowohl der Gemeinderat als auch die Personalvertretung und die Gewerkschaft neu gewählt werden, hat natürlich entscheidend dazu beigetragen.

ERSTE EINSCHÄTZUNGEN

- Das neue Gehaltsschema ist zwar nicht das Gelbe vom Ei, brachte aber doch eine erhebliche Erhöhung der Anfangsbezüge und Steigerungen bis zur Gehaltsstufe 16.
- Die fünf zusätzlichen Urlaubstage, oder wahlweise achthundert Euro jährliche Remu, sind sicher ein gangbarer Kompromiss, wobei die Wahlfreiheit auch davon abhängen wird, wie rasch der schlimme Personalstand saniert werden kann.
- Die Erhöhung der Vorbereitungsstunden ist ein längst fälliger Schritt. Auch diese Maßnahme wird erst bei ausreichendem Personal voll greifen. Bis dahin ist die Auszahlung von Überstunden zumindest ein Trostpflaster.
- Die Zulage für AssistentInnen im pädagogischen Dienst in der Gruppe

darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Berufsgruppe sehr schlecht bei den Verhandlungen ausgestiegen ist. Die Öffnung der Verwendungsguppe 2, nach unendlich vielen Dienstjahren, ist nur ein schwacher Ersatz für eine grundlegende Reform, die dem völlig veränderten Berufsbild Rechnung trägt.

DAS „KINDERGARTENPAKET“ IM DETAIL

Für Pädagoginnen, die bereits in der Gehaltsstufe 17 oder höher eingestuft sind, wird jährlich eine Remuneration ausbezahlt. Diese beträgt achthundert Euro oder fünf Tage Freizeit.

Ziel bleibt eine Bezügereform mit höheren Einstiegsgehältern und einer geringeren Spreizung. Dieses neue Schema soll bis 1. Jänner 2012 entwickelt werden.

Vorbereitungszeit für KindergartenpädagogInnen und SonderkindergartenpädagogInnen

Die Vorbereitungsstunden der beiden Berufsgruppen werden mit 1. Jänner 2010 angehoben, für

- pädagogisches Personal +2
 - SonderkindergartenpädagogInnen und SonderhortpädagogInnen +1
- Solange diese Stunden im täglichen Betrieb aufgrund des geringen Personalstandes nicht umgesetzt werden können, werden sie als Mehrdienstleistungen ausbezahlt. Sobald es die Personalsituation erlaubt, sind die „erhöhten“ Vorbereitungsstunden während der Normalarbeitszeit zu erbringen.

Personalreserve KindergartenpädagogInnen, -assistentinnen

Eine Evaluierung der Personalreserve wurde für 2012 vereinbart. Eine sofortige Anhebung der Personalreserve wäre aufgrund der derzeitigen Personalsituation nur eine fiktive Kenngröße.



Foto von der Demonstration am 17. Oktober 2009

Vertretungszulage für KindergartenpädagogInnen in der Verwendung als Leiterin

In Zukunft wird diese Vertretungszulage (Kz. 973701) bereits ab dem dritten Arbeitstag bezahlt.

Erhöhung der „Kanzleistunden“ für Leiterinnen

Mit dem 1. Jänner 2012 soll eine Neubewertung der „Kanzleistunden“ für Leiterinnen aufgrund der gestiegenen pädagogischen und administrativen Anforderungen in Kraft treten. Bis dahin bekommt jedes Haus zur jetzigen Stundenanzahl 3 Basisstunden als „Kanzleistunden“ hinzugerechnet.

Funktionszulage für Kindergartenassistentinnen

Im Nebengebührenkatalog für den Magistrat der Stadt Wien wird – rückwirkend ab 1. September 2009 – für Kindergartenassistentinnen, die als Vertretung einer/s KindergartenpädagogIn im Kinderdienst eingesetzt werden, eine Zulage in der Höhe von zehn Euro pro Dienst, wenn der nach dem Dienstplan vorgesehene Dienst des/der KindergartenpädagogIn zur Gänze übernommen wird, jedenfalls aber ab einer zumindest sechsständigen Vertretungsdauer, die auch durch mehrere dienstplanmäßige Vertretungstätigkei-

ten innerhalb einer Woche erbracht werden kann, geschaffen werden.

Aufstiegsregelung für Kindergartenassistentinnen

Ab 1. Juni 2010 kann die Überstellung in die Verwendungsgruppe 2 nach zehnjähriger Einreihung in der

Verwendungsgruppe 3P erfolgen. Mit dem vorliegenden Maßnahmenpaket, das den betroffenen Berufsgruppen achtzehn Millionen Euro bringt, ist ein großer Wurf gelungen.

Unsere Anerkennung gilt in diesem Zusammenhang unseren VerhandlungspartnerInnen auf Seiten der Stadt Wien, stellvertretend wollen wir hier Stadtrat Christian Oxonitsch nennen. Nach harten, aber fair und vorurteilslos geführten Gesprächen sind sie der Argumentation der Gewerkschaft weitgehend gefolgt.

Weitere strukturelle Verbesserungen für die Kinderbetreuungseinrichtungen im Bereich der Gemeinde Wien – wie ein einheitliches Bundesrahmengesetz und eine verbesserte Ausbildung – werden noch durchzusetzen sein. Nur mit einer mitgliederstarken Gewerkschaft sind weit reichende Veränderungen möglich. Bitte helfen Sie uns dabei, auch künftig die notwendigen Maßnahmen umzusetzen.

DIE VORSTELLUNG DER KIV FÜR DIE ASSISTENTINNEN

Tatsache ist, dass der Mitwirkung an der pädagogischen Arbeit immer mehr Bedeutung zukommt. Der erweiterte

Bildungsauftrag des Kindergartens bringt es mit sich, dass PädagogInnen mehr Zeit der individuellen Förderung der Kinder und der Arbeit in Kleingruppen widmen müssen. Ohne AssistentInnen würde der Betrieb in den Kindergärten sofort zusammenbrechen.

Überlegenswert erscheint ein anderes Modell: Integration der AssistentInnen in das Schema der KindergartenpädagogInnen als eigene Verwendungsgruppe, zum Beispiel mit einem Gehaltsansatz, der 75 Prozent des neu zu verhandelnden Bezugs der PädagogInnen ausmacht.

Das Ergebnis der Verhandlungen hat unsere Einschätzung bestätigt, dass es im Schema der Handwerklichen Verwendung wenig Spielraum für die Berufsgruppe der AssistentInnen gibt.

INNERGEWERKSCHAFTLICHE DEMOKRATIE?

Die Vorgeschichte des „Kindergartenpaketes“ hat einmal mehr die bestehenden Defizite im Bereich der innergewerkschaftlichen Demokratie aufgezeigt. Nicht ein einziges Mal wurden im Dienststellenausschuss die unterschiedlichen Vorstellungen zu den Forderungen diskutiert oder aufeinander abgestimmt. So löblich der späte Einsatz des Gewerkschaftsvorsitzenden auch ist, ohne Alleingang wäre sicher Schlüssigeres zu verhandeln gewesen.

ZUR ERINNERUNG: DISTANZIERUNGEN UND POLITISCHES KLEINGELD

Das bemerkenswerte FAX der Vorsitzenden des Dienststellenausschusses, Ursula Brander, vom 18. Juni 2009 haben sicher noch alle in bester Erinnerung. Wir zitieren: „Aufgrund dieser Tatsachen distanzieren wir uns von oben genannten Maßnahmen (Anm. der KIV: Streiks, Demos, Protestaktionen, Unterschriftenlisten usw.), die sicher zu keinem positiven Ergebnis führen können.“

Den Vogel abgeschossen hat aber der Vorsitzende der Hoheitsverwaltung (Hauptgruppe 1), Norbert Pelzer. Unter dem Titel „Schönwetter-Helden“ (siehe Faksimile, Seite 13), schreibt er im

Bitte umblättern

„teamwork“: „Wenn es darum geht, Forderungen durchzusetzen, kann man sicher sein, dass es klüger ist, zum Schmied und nicht zum Schmiedl zu gehen. Auch in der Kindergartenfrage. Anstatt auf falsche Jeanne d'Arcs zu hoffen.“

Wobei der Schmied offenbar er ist, beziehungsweise die FSG, die in diesem Bereich ganz einfach zwanzig Jahre nichts gemacht hat, und Schmiedl all jene, die ohne geschützten Arbeitsplatz und ohne fette Funktionsgebühren die Kampagne durchgezogen haben.

Und es kommt noch bunter: „So was könnte man auch blinden Aktionismus für den Eigennutz nennen. Sicher ist aber nur eines: Das ist keine ergebnisorientierte Interessenspolitik, so wie wir sie betreiben.“

Müssen sich die tausenden KollegInnen, die in ihrer Freizeit und gar nicht bei Schönwetter für ihre Interessen auf die Strasse gegangen sind, dafür wirklich von einem Spitzenfunktionär der Gewerkschaft verarschen lassen? Dass er nicht einmal die Verschwiegenheitspflicht wahrnimmt und KollegInnen vernadert, ist wohl nur ein Drüberstreuer, über den man sich eigentlich nicht mehr zu wundern braucht.

Wir wissen mittlerweile, dass die ehrenwerten Sozialdemokratischen

GewerkschafterInnen nicht einmal davor zurückschreckt, eigenen GenossInnen dumme Texte unterzuschreiben, die sie vorher nicht einmal hergezeigt haben.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Zwanzig Jahre Stillstand darf es ganz einfach nicht mehr geben. Und es geht nur gemeinsam!

Erreichbar ist das nur über eine totale Veränderung der politischen Landschaft im Kindergarten. Gelegenheit dazu: die Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen im Mai 2010. Die „Schönwetter-Helden“ (Pelzer) werden jedenfalls kandidieren. Und hoffen, dass sich viele KollegInnen zum Mitmachen entschließen: Als KandidatInnen, Ersatz- und SolidaritätskandidatInnen, als UnterstützerInnen und MeinungsbildnerInnen.

Wir sagen auch ganz offen: Raunzen genügt nicht. Und Austreten aus der Gewerkschaft ist keine Lösung. Wir brauchen die Gewerkschaft. Allerdings eine andere, als die real existierende...

Foto von der Demonstration am 21. November 2009



... doch

Jetzt wissen wir, dass in der Wahrnehmung der eigenen Persönlichkeit der blinde Fleck ein ziemlicher Hund ist. Aber was, wenn es nur mehr einen blinden Fleck gibt?

Das kann mensch sich fragen, wenn er den Leitartikel „Schönwetter-Helden“ (teamwork 04/2009, Zeitung der FSG in der GdG-KMSfB) des Vorsitzenden der Hauptgruppe 1, Norbert Pelzer liest.

Da wechselt dann schauriges Erlebnis mit völligem Unverständnis. Es geht um die Kindergarten-Frage, eigentlich um die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der KollegInnen, die dort arbeiten. „Wenn es darum geht, Forderungen durchzusetzen, kann man sicher sein, dass es klüger ist zum Schmied und nicht zum Schmiedl zu gehen.“

Aha. Schön, aber wer soll dieser Schmied sein? Kollege Pelzer himself, die gesamte Hauptgruppe 1, die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten oder doch unser aller Vorsitzender, Christian Meidlinger?

Die Kindergarten-Frage ist ja nicht neu, aber dem Schmied dürfte sie bis jetzt entgangen sein.

Kein Wunder, in dem Bereich arbeiten ja auch nur ein paar tausend MitarbeiterInnen! Trotz dieser Unkenntnis findet sich Folgendes im Text: „Was Arbeitskämpfe sind – und wie diese zu führen sind – braucht man unserer Fraktion nicht zu erklären. Dazu sind wir zu lange im Geschäft.“ Noch ein Aha-Erlebnis. Lange im Geschäft, gut – aber Problem offensichtlich nicht erkannt. Dafür Verächtliches für die Schmieds, die es gewagt haben, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen oder ihr zumindest einen Anstoß zu geben.

Hoffen auf den Schmied und nicht auf „falsche Jeanne d'Arcs“, beschreibt Kollege Pelzer in seinem Artikel. Na ja, geschichtlich gesehen, war ja Jeanne d'Arc eine ziemlich beeindruckende Person – und wesentlich

lieber zum Schmiedl

Kommentar zum Leitartikel des Hauptgruppen-
Vorsitzenden der GdG-KMSfB. Von Gerhard Winter.

Wenn es darum geht, Forderungen durchzusetzen, kann man sicher sein, dass es klüger ist, zum Schmied und nicht zum Schmiedl zu gehen. Auch in der Kindergartenfrage. Anstatt auf falsche Jeanne d'Arcs zu hoffen.



Norbert Pelzer
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Schönwetter-Helden

Was Arbeitskämpfe sind – und wie diese zu führen sind – braucht man unserer Fraktion nicht zu erklären. Dafür sind wir schon zu lange im Geschäft. Doch bei den Protesten der KindergartenpädagogInnen wollen ein paar Schmiedls auf dem Rücken der KollegInnen ihre Polit-Zukunft zimmern und den wirklich Leidtragenden weismachen, dass sich damit allein etwas ändern lässt. Und das noch mitunter aus einer äußerst unsolidarischen Position heraus. Sich frühpensionieren zu lassen und dann die Proteste der Ex-KollegInnen anführen – so verstehen wir unsere Arbeit sicher nicht.

Aber wir kennen die Politstrategen aus der grünen oder manchmal auch aus der blauen Ecke. Da wird der berechnete Unmut der PädagogInnen und AssistentInnen über die miserable Arbeitssituation und die mehr als unbefriedigende Entlohnung instrumentalisiert, um sich selbst in Szene zu setzen. Und wenn das Fernsehen weg ist, ist den Jeanne d'Arcs und Instant-Helden das Arbeitsleid der zuvor Umworbene ziemlich egal.

So was könnte man auch blinden Aktionismus für den Eigennutz nennen. Sicher ist aber nur eines: Das ist keine ergebnisorientierte Interessenspolitik, so wie wir sie betreiben.

Nachhaltig punkten - nicht Strohfeder abbrennen
Für unsere KollegInnen in den Kindergärten kommt es nämlich darauf an, zwar rasch, aber nicht mit Schnellschussaktionen und kurzfristigen Trostpflastern zu punkten. Die Forderungen, die wir stellen, verfolgen und umsetzen, sind auf nachhaltige und langfristige Wirksamkeit angelegt.

Dass die Einstiegsgehälter junger Kindergarten-PädagogInnen gehörig angehoben werden müssen, steht außer Frage. Die Gemeinde Wien ist gefordert, diese so schnell wie möglich anzupassen. Ansonsten wird die sehr positive Gratis-Kindergarten-Aktion in ihrer Wirkung konterkariert. Denn was werden die Wienerinnen und Wiener wohl davon halten, wenn sie zwar für den Kindergarten nichts mehr bezahlen müssen, es aber zu wenig PädagogInnen – und vor allem auch Pädagogen – gibt, weil sich die jungen KollegInnen nach bester Ausbildung viel lieber lukrativeren Berufsfeldern zuwenden? Das Gehaltsniveau Niederösterreichs ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu berücksichtigen!

Und noch etwas: Auch die Arbeitssituationen der bereits länger dienenden PädagogInnen ist unverzüglich zu verbessern! Denn sie haben durch die Abwanderung und die fehlenden JungpädagogInnen jetzt doppelte und dreifache Arbeit zu leisten. Nur durch den vermehrten Einsatz von AssistentInnen im Kinderdienst gelingt es, die enormen Belastungen der PädagogInnen etwas abzufedern. Dies kann und darf aber keine Dauerlösung sein. Dass diese Forderungen gehört und umgesetzt werden – schnell, umfassend und nachhaltig – dafür braucht es aber vor allem nachdrückliche und ausdauernde Verhandlungen, nicht nur Schönwetter-Aktionismus.

Leise, vielleicht zu leise haben wir Modelle berechnet und Überzeugungsarbeit geleistet. Während Sie diese Zeilen lesen, wird laufend verhandelt und Ergebnisse können im 1. Quartal 2010 präsentiert werden.

Eines ist mir noch ein großes Bedürfnis: DANKE an alle MitarbeiterInnen der MA 10! Ohne ihren Einsatz und ihr Engagement wäre es in der jetzigen Situation nicht möglich, weiterhin pädagogisch hochwertige Arbeit zu gewährleisten.

effektiver als der viel zitierte Schmied. Wir könnten schon ein paar Jeanne d'Arcs brauchen, aber Kollege Pelzer ist da wohl der Ansicht, dass nicht sein kann und darf, was Schmied nicht genehmigt oder selbst in die Hand genommen hat. Für das Fest „Zwei Jahre Pelzer“ soll ja auch noch etwas übrig bleiben.

Wenn betroffene ArbeitnehmerInnen sich organisieren und auf die Strasse gehen, dann bedeutet das für Kollegen Pelzer offensichtlich nur blinden Aktionismus, oder Schönwetter-Aktionismus, wie er sich ausdrückt. Ah ja, wie Arbeitskämpfe zu führen sind, das weiß ja diese Fraktion, das braucht man ihnen nicht erklären.

Wahrscheinlich gehören Demonstrationen nicht dazu. Irgendwie zynisch gegenüber all jenen Menschen, die sich an zwei Samstagen in ihrer Freizeit zu friedlichen Kundgebungen zusammen gefunden haben. Nicht sein kann, was nicht sein darf und Schmied nicht will.

Nicht unerwähnt soll der Hinweis von Kollegen Pelzer auf eine Kollegin bleiben, die, wie er schreibt, Proteste aus der Frühpension heraus anführt. Fällt irgendwie unter den Datenschutz oder die Verschwiegenheitspflicht eines Personalvertreters, oder?

Ihr eine unsolidarische Position zuzuschreiben, scheint wieder aus dem Zorn zu resultieren, selbst nicht viel weitergebracht zu haben. Und nehmen wir an, die Kollegin litt unter schwerem Burn-Out und versucht jetzt für die KollegInnen des aktiven Dienstes die Arbeits-Bedingungen zu verbessern. Sehr unsolidarisch, oder?

Hoffentlich ist es nur Wahlkampfgetöse mit einer Spur Selbst-Überschätzung und nicht wirklich der einzige große, blinde Fleck in der Wahrnehmung.

Und ein Danke an alle Schmieds und Jeanne d'Arcs – nur die bringen den Schmied zum Laufen.



GERHARD WINTER
IST PERSONALVERTRETER
DER KIV IM
WIENER MARKTAMT.

IN DER ALLERGRÖSSTEN NOT
VOLKSBEFR



T MACHEN WIR HALT EINE
LAGUNG

AT!
REN
AN



NA, MAJESTÄT
WISSEN SCHON, DIE
H.C. BARBAREN

DIE
TORE
VERRAMMELN
DIE
LUKEN
DICHT!

OH
SCHEISSE

HABEN WIR
JA SCHON LÄNGST

DEE

DER
PLAN
FINDET
ALLER-
HÖCHSTE
BILLIGUNG

DIE ERSTE VOLKS-
BEFRAGUNGSFRAGE
LAUTET:
"WERDET IHR MICH
VERMISSEN?"



SOZIALE ARBEIT IST MEHR WERT

14. Jänner 2010 demonstrierten in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt tausende Beschäftigte aus den privaten Gesundheits- und Sozialberufen gegen schlechte Arbeitsbedingungen, hohe psychische und physische Belastung, prekäre Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne im Sozial- und Gesundheitsbereich. Vor allem demonstrierten sie allerdings auch gegen das inakzeptable Angebot der ArbeitgeberInnenseite im Rahmen der gescheiterten BAGS-Kollektivvertrags-Verhandlungen. Gleichzeitig will sich die öffentliche Hand – und da dient die Krise als willkommener Vorwand – zusehends aus

der Finanzierung sozialer- und gesundheitspolitischer Leistungen zurückziehen. Und das nicht nur im privaten, sondern auch im kommunalen Bereich – gerade auch in der Gemeinde Wien.

Etwa dreitausend Menschen kamen in Wien zum Protest. Die Stimmung war gut, die Entschlossenheit, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen etwas tun zu wollen, war groß.

Der personelle Notstand im kommunalen Jugend-, Kinderbetreuungs- und Sozialbereich ist lange bekannt und hat bereits zu heftigen Protesten geführt. Die Beschäftigten im Sozialbereich sind jedenfalls nicht bereit, die

Zeche für eine Krise, für die sie nicht verantwortlich sind, und die sie tagtäglich in ihrer sozialen Arbeit vor Ort mit den von Armut und sozialem Abstieg bedrohten KlientInnen hautnah erleben, zu tragen.

Wir wünschen den VerhandlerInnen für die nächste Runde alles Gute, die MitarbeiterInnen der Vereine (beispielsweise Hilfswerk, Volkshilfe, Caritas, ÖHTB, Lebenshilfe) haben ihnen jedenfalls den Rücken gestärkt. Das Pfeifkonzert vor der Zentrale der BAGS-ArbeitgeberInnen war beachtlich.





AUGE/UG und KIV/UG zum BAGS-KV Protesttag:

Soziale Arbeit ist „mehr wert“ – und bringt hohen gesellschaftlichen Mehrwert

Unabhängige GewerkschafterInnen in GPA-DJP und GdG-KMSfB: Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitsbereich werden nicht die Zeche für eine Krise zahlen, für die sie nichts können.

„Die Rahmenbedingungen, unter denen die Beschäftigten in Sozial-, Pflege- und Gesundheitsberufen arbeiten müssen, werden zunehmend unzumutbar. Der berufliche Alltag ist von hoher psychischer und physischer Belastung, personeller Unterbesetzung, prekären Beschäftigungsverhältnissen und steigenden Burn-Out-Raten geprägt.

Die finanzielle Situation vieler Vereine im Sozialbereich war immer schon knapp. Nun droht sich die öffentliche Hand noch weiter aus der Finanzierung sozialer Dienstleistungen zu verabschieden, die Wirtschaftskrise bietet dafür eine willkommene Ausrede. Entsprechend sind die von Arbeitgeberseite angebotenen Lohnerhöhungen für Beschäftigte in den Sozial- und Gesundheitsberufen schlichtweg eine Zumutung und können nur als Provokation bezeichnet werden.

Der morgige Protesttag der Beschäftigten aus dem Gesundheits- und Sozialbereich ist ein ohnehin längst überfälliges und klares Zeichen dafür, dass es tatsächlich reicht,“ ruft Stefan Taibl zum morgigen GPA-DJP und vida Protesttag auf.

„Soziale Arbeit ist nicht nur ‚mehr wert‘, sondern bringt auch einen hohen gesellschaftlichen Mehrwert,“ führt

Taibl, einer der AUGÉ/UG-VertreterInnen im Wirtschaftsbereich für Gesundheits- und Sozialbereiche in der GPA-DJP weiter aus. „Eine jüngst veröffentlichte britische Studie schätzt den gesellschaftlichen Wohlstand, der von jedem Pfund an Einkommen für Beschäftigte in den Bereichen Kinderbetreuung ausgeht, auf 7 bis 9 Pfund.

Dieses exemplarische Ergebnis kann durchaus auf andere Berufe im Sozial-, Betreuungs- und Gesundheitsbereich und auch auf Österreich umgelegt werden.“ Der Rechnungshof bestätigt beispielsweise für Arbeitsrehabilitationsprojekte nicht nur Kostenneutralität, sondern auch einen zusätzlichen volkswirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinn. „Ohne entsprechende soziale Einrichtungen und Betreuung könnten bspw. viele Menschen – vor allem Frauen – keinem Erwerbsberuf nachgehen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des sozialen Sektors ist also hoch. Der soziale Sektor ist jedenfalls mindestens ebenso ‚systemrelevant‘ wie so manche Bank, für deren Rettung hunderte Millionen an Euro bereit gestellt werden. Gelder, die für den gesellschafts- wie wirtschaftspolitischen Sozial- und Gesundheitsbereich, wo es von vorne bis hinten kracht und wo es – etwa in der

Pflege – dringenden Aufholbedarf gibt, nicht ausgegeben werden. Auf Konjunkturpakete Gesundheit, Pflege, Soziales warten wir bislang vergeblich. Da werden politisch vollkommen falsche Prioritäten gesetzt,“ kritisiert Taibl.

Solidarität und Aufruf zum Protest kommt auch von den Unabhängigen GewerkschafterInnen aus dem öffentlichen Sektor. Andreas Richter: „Auch die Kommunen, auch die Gemeinde Wien, ist hinsichtlich der Finanzierung kommunaler Sozialleistungen offensichtlich auf ‚Geiz ist Geil‘-Kurs. Der personelle Notstand im kommunalen Jugend-, Kinderbetreuungs- und Sozialbereich ist längstens bekannt und hat bereits zu heftigen Protesten geführt. Die Arbeitsbedingungen werden angesichts wachsender sozialer Probleme, nicht erst im Zuge der Krise, immer unerträglicher. Die Beschäftigten im Sozialbereich – egal ob im privat oder kommunal organisierten – sind jedenfalls nicht bereit, die Zeche für eine Krise, für die sie nicht verantwortlich sind, und die sie tagtäglich in ihrer sozialen Arbeit vor Ort mit den von Armut und sozialem Abstieg bedrohten KlientInnen hautnah erleben, zu tragen. Es braucht daher jetzt einen gemeinsamen, breiten Widerstand gegen den drohenden Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Dienste. Der morgige Tag ist eine Gelegenheit dazu,“ schließt Richter.

Stefan Taibl, Betriebsrats-Vorsitzender Psychosoziale Zentren GmbH, AUGÉ/UG, Arbeiterkammerrat in Niederösterreich, Telefon: (0699) 166 18 572
 Andreas Richter, Zentralbetriebsrats-Vorsitzender Fonds Soziales Wien, KIV/UG, Telefon: (0664) 472 38 03.

UG gewinnt bei den Personalvertretungswahlen 2009
neue Bereiche und behaupten sich gegen die Übermacht der ÖVP/FCG-GÖD.

Von Reinhart Sellner.

TROTZ ALLEM

Finanz- und Wirtschaftskrise, Bankenrettungspakete und Verschrottungsprämien, aber kein Konjunkturpaket III – Bildung, Soziales und öffentlicher Dienst. Budgetkonsolidierung durch weitere Einsparungen im öffentlichen Dienst ab 2011 als SPÖ-ÖVP-Regierungskonsens. Ausbau der öffentlichen Dienste und Bildungsreform bitte warten. Für das Konjunkturpaket III waren die Unabhängigen GewerkschafterInnen als einzige Fraktion im öffentlichen Dienst und Ausgliederte aktiv, „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ im März, in den LehrerInnen-Gewerkschaften und der Bundeskonferenz (Zentralvorstand) der GÖD, im ÖGB und beim ÖGB-Kongress Anfang Juli.

So viel zur Ausgangslage für die Bundes-Personalvertretungswahlen am 25. und 26. November 2009. Nach den in Summe erfolgreichen Betriebsratswahlen der „Ausgliederten“ 2008 und 2009 waren mehr parteiunabhängige Kandidaturen und insgesamt mehr WählerInnenstimmen und Mandate im öffentlichen Dienst das Wahlziel der UG.

Das erste Wahlziel haben wir mit „neuen“ Kandidaturen und Mandaten im Bereich Landesverteidigung, des Landwirtschaftsministeriums und beim Personal des Wissenschaftsministeriums erreicht, im Sozialministerium, bei

den BerufsschullehrerInnen und den Lehrenden der Pädagogischen Hochschulen. Die Steigerung von Mandaten und Prozentanteilen ist aber ausgeblieben, weil die FCG-ÖVP-Mehrheit bei den LehrerInnen, neben der Exekutive die größten Wahl-Bereiche, die Abwehr der im Zug der restriktiven Budgetpolitik der Bundesregierung angekündigten zehn Prozent-Arbeitszeiterhöhung als ihren politischen Sieg über die SPÖ-Bildungsministerin verkaufen konnte.

Dass dieser Arbeitskampf von allen Fraktionen, vor allem aber von den KollegInnen an den Dienststellen getragen und von ÖGB und Arbeiterkammer massiv unterstützt worden ist, war in den massenhaften FCG-GÖD-Publikationen des Wahljahres 2009 nicht zu lesen. Dass Neugebauer und ÖVP-Finanzminister eine Ausweitung des Arbeitskampfes auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes wie Justiz, Finanzverwaltung oder Exekutive verhindern wollten, bei denen Personalabbau und Einsparungen budgetiert waren, haben nur die Unabhängigen im Rahmen ihrer vergleichsweise geringen Möglichkeiten publiziert.

Mit einer Nachbesserung des Unterrichtsbudgets (Stundung von BIG-Mieten) um zweihundert Millionen Euro wurde der „Kompromiss“ mit den LehrerInnengewerkschaften der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst vorbereitet, der 120.000 LehrerInnen 180 Millionen Euro Einkommensverlust und unbezahlte LehrerInnenmehrarbeit abverlangt.

ANTI-SCHMIED-WAHLKAMPF DER FCG/ÖVP MIT DER FSG ALS TRITTBRETTFAHRER

Die Personalisierung des Budgetproblems und die im Arbeitskampf ab

März/April verstärkte „Feindbild“-Schmied-Kampagne der FCG-GÖD hat die FSG nicht nur bei den LehrerInnen mitgetragen, ohne damit bei den Personalvertretungswahlen massive Verluste zugunsten der ÖVP-Fraktion abzuwenden. Im Gegensatz dazu hat die UG sich als klare Opposition gegen die FCG-

GÖD Personalisierung von ÖVP- und SPÖ-verursachten Sachproblemen profiliert. Dazu beigetragen hat auch das offene Argumentieren für die soziale und demokratische Notwendigkeit einer gemeinsamen Schule, für ein gemeinsames Bundes-Dienstrecht und Master-Universitätsausbildung aller LehrerInnen. Die FCG-GÖD sah sich dazu veranlasst, im Bereich der AHS und der APS (LandeslehrerInnen der Pflichtschulen) massiv und untergriffig die ÖLI/UG, den einzigen ernst zu nehmenden gewerkschaftspolitischen Gegner zu attackieren.

Mit einigem Erfolg, sie hat die Verluste der Schlüssel-FPÖ/BZÖ-Regierungsjahre kompensiert und damit absolute Mehrheiten wieder erreicht. Nach dem Verlust der FCG-GÖD-Dominanz im ÖAAB im Frühjahr stärkt das die innerparteiliche Position von Schlüssel, Neugebauer, Amon gegenüber Pröll, Leitl, Spindelegger. Noch in der Wahlnacht hat der ÖVP-Obmann gemeinsam mit der Innenministerin und anderen Parteigrößen die Zentrale der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst aufgesucht und Neugebauer und den Parteifreunden zum großen Erfolg der gemeinsamen Gesinnungsgemeinschaft gratuliert (55,9 Prozent, +5,7 Prozent).



REINHART SELLNER
VORSITZENDER DER UGÖD
UND MITGLIED IM
KOORDINATIONSAUS-
SCHUSS DER UG.

Die FSG/SPÖ-Fraktion hat bei den LehrerInnen massive Einbrüche und in Summe einen Verlust von sechs Prozent (jetzt 28,6 Prozent) eingefahren, nach den ersten, von der FCG-GÖD verbreiteten Hochrechnungen des Wahlabends, hatte es aber noch schlimmer ausgesehen.

UG BEHAUPTET SICH, TROTZ ALLEDEM

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst und Ausgegliederte (UG/GÖD) haben sich trotz Verlusten bei den LehrerInnen (AHS, APS) mit 15.521 Stimmen,

vor der Wahl hatte dazu geführt, dass ihre FunktionärInnen mehr oder weniger fragwürdige und dazu noch verdrehte Aussagen von Grün-PolitikerInnen als Programm der Unabhängigen GewerkschafterInnen unter das Wahlvolk gebracht haben, auch über KPÖ-Umtriebe wurde berichtet.

In den Medien hat aber die seit der ÖGB-Krise konsequente und in Presseausendungen und Pressegesprächen ausgewiesene parteiunabhängige, FCG-GÖD-oppositionelle Arbeit der UG/GÖD und der UG im ÖGB dazu geführt, dass Formulierungen wie „Unabhängige, Linke, nicht nur Grüne“ zur Beschreibung der Unabhängigen GewerkschafterInnen in Umlauf

kamen und die sachorientierte Argumentation zu Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausgegliederten oder der Bildungsreform

Wirkung zeigte. Ein Übriges tat die FCG-GÖD in der Wahlnacht im Siegestaumel ihrer Jubelmeldungen. Da wuchs der schwarze Balken über sich

hinaus, der rote sackte in sich zusammen und der der Unabhängigen GewerkschafterInnen war mit 2,9 Prozent nicht mehr zu sehen.

JournalistInnen fragten bei der GÖD an, wie das und ob das möglich sei. Es stellte sich erst am Tag nach der Wahl heraus, dass die LehrerInnen-Ergebnisse in den jeweiligen Zentralwahlauschüssen irrtümlich nicht als UG, sondern als „andere“ gewertet worden sind. Im Endergebnis haben die Zugewinne in den neuen Bereichen die Verluste bei den LehrerInnen ausgeglichen. Als drittstärkste Kraft in der GÖD als „Fraktion“ noch immer nicht anerkannt, aber von den Medien als parteiunabhängige Fraktion wahrgenommen: Einen Tag lang wurde nicht über den großen Sieg der ÖVP und die Niederlage der SPÖ berichtet, sondern über die Unabhängigen GewerkschafterInnen, die entgegen den ersten Meldungen mit 8,6 Prozent (wenn auch nur marginal) gewonnen haben.



GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und Ausgegliederte

14 Mandaten und 8,6 Prozent (+0,1 Prozent) behauptet – als überparteiliche, nur ihren demokratischen und sozialen Ansprüchen und den KollegInnen an den Dienststellen verpflichtete Opposition zur parteipolitischen Instrumentalisierung von Gewerkschaft und Personalvertretung, als engagierte und mutige Opposition zur von Ressort zu Ressort unterschiedlichen Partei-Personalpolitik bei Aufnahme, Anstellungsverhältnissen und Vorgesetztenpositionen, zur Verhaberung von InteressensvertreterInnen mit dem großkoalitionären Dienstgeber.

Vor allem die „neuen“ Kandidaturen haben gezeigt, dass die Kritik an der ÖVP- und SPÖ-Partei politik im öffentlichen Dienst und an der FCG-GÖD zunimmt, dass aber die Bereitschaft, parteiunabhängig zu kandidieren, vielen KollegInnen nach wie vor schwer fällt, die Angst vor beruflichen Nachteilen durch ÖVP- oder SPÖ-Vorgesetzte ist immer noch weit verbreitet. Immer noch. Vor diesem Hintergrund und mit dem Ausblick auf kontinuierliche Stärkung der Unabhängigen GewerkschafterInnen an den Dienststellen und in der GÖD ist den Unabhängigen in aller Öffentlichkeit noch ein Erfolg gelungen: Die Nervosität der FCG-GÖD



Die am 17. Oktober 2009 durchgeführte Konferenz stand ganz im Zeichen personeller Veränderungen.

Die Zeit war reif, die Fraktion UG-Vida mit einer neuen Spitze zu versehen. Die vergangenen Betriebsratswahlen haben gezeigt, dass die UG-Vida in der Gewerkschaft VIDA ein beständiger Faktor ist.

Bundessprecher Hedenig Anton, er ist auch Mitbegründer der UG-Vida, stellte seine Funktion zur Verfügung, um frischen Wind in die Organisation zu bringen.

Kollege Obermayer Christian, Betriebsrats-Vorsitzender bei DLG-IS (er ist auch Mitglied des DLG-Zentralbetriebsrates) stellte sich der Wahl zum Bundessprecher.

Die anwesenden KollegInnen bestätigten Kollegen Obermayer in dieser

Funktion mit 92 Prozent. Ihm zur Seite, als Stellvertreter, wurde Kollege Dr. Mag. Stadler Wolfgang gewählt. Kollege Stadler ist Betriebsrat bei der Immobilien AG.

Auch der Bundesvorstand der UG-Vida erfuhr durch Aufnahme der UG-Vida-Säulen eine Verbreiterung. Dadurch soll gewährleistet sein, dass die unterschiedlichen Berufsgruppen und ihre Interessen entsprechend vertreten sind.

Der scheidende Bundessprecher wünschte allen neu gewählten KollegInnen viel Erfolg bei ihrer zukünftigen Arbeit im Interesse der zu vertretenen KollegInnen.

Anton Hedenig, Christian Obermayer

Jänner 2010: Aus einer Aussendung der KIV für die Wiener Krankenanstalten.

RESPEKT

Wir verbringen einen großen Teil unseres Lebens auf dem Arbeitsplatz – meist „nur“ vierzig Stunden in der Woche, aber bald immerhin fast fünfzig Jahre des Lebens, was liegt da näher, als die Forderung nach mehr Lebensqualität am Arbeitsplatz oder in einem Wort: Respekt!

Es ist ein Einfaches, dieses zu fordern, denn schon in den Leitlinien des Krankenanstaltenverbundes (KAV) finden wir die Ansätze dazu:

- Qualifizierte, engagierte und zufriedene MitarbeiterInnen sind Grundpfeiler unserer Leistung.
- Wir begegnen einander mit Wertschätzung und Toleranz.
- Wir fördern eigenverantwortliches, kreatives, leistungsorientiertes, objektives und korrektes Handeln.
- Wechselseitige Information und Kommunikation sind die Grundlage unserer Zusammenarbeit.
- Entscheidungen sind transparent, werden zügig getroffen und durchgesetzt.
- Betroffenen werden Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt.

Scheinbar scheitert es aber des Öfteren an der Umsetzung, wie sonst kann

DIE NASE
VOLL?



...KIV
WÄHLEN!

es vorkommen, dass die Fluktuation gerade in den Gesundheitsberufen eine besonders hohe ist. Die Unzufrie-

denheit wächst, was sich sogar aus vielen Umfragen des Krankenanstaltenverbundes selbst herauslesen lässt. Unzufriedenheit vor allem mit den Führungsebenen innerhalb des Krankenanstaltenverbundes.

Hier hat es auch schon Ansätze gegeben, wie das Konzept „Führen im KAV“ aus 2006. Das scheiterte an den Vorgaben des Generaldirektors, dies zu einer verpflichtenden Maßnahme für alle Führungskräfte zu machen. Übriggeblieben ist ein abgespecktes Projekt, an dem einige Bereiche freiwillig mitarbeiten dürfen – vom Verlauf hört und liest man nichts mehr (soviel zum Thema „Transparenz“).

Es muss die Aufgabe der Personalvertretung und Gewerkschaft sein, die eigenen Ansprüche des Krankenanstaltenverbundes auch einzufordern – dies ist sicher kein einfacher, aber ein herausfordernder Auftrag.

Respekt und Wertschätzung für alle Berufsgruppen

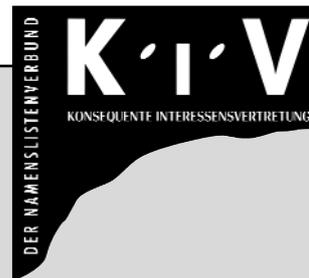
Zumeist fallen sie nicht auf, die vielen hilfreichen Hände in den Spitälern, die für das „Drumherum“ neben ÄrztInnen, Krankenschwestern und Pflegern verantwortlich sind. Ob Krankenträger, HausarbeiterInnen, Reinigungskräfte, ... sie alle sorgen für den zumeist reibungslosen Ablauf in den Spitälern und Geriatriezentren.

Und das ist oft gar nicht so einfach, denn schon seit Jahren fährt der KAV Einsparungsmaßnahmen in Form von Personalabbau und Fremdvergabe.

Ohne Rücksicht auf Verluste werden Posten einfach nicht nachbesetzt. Der Erfolg gibt der Dienstgeberin allerdings Recht. Verbleibende MitarbeiterInnen müssen einfach außerordentliche Tätigkeiten übernehmen, die nicht in ihrer Stellenbeschreibung stehen und ganz oft zu einem unerträglichen Maß von Überbelastung führen. Die Angst vor personellen Konsequenzen für die verbleibenden MitarbeiterInnen, wenn sie nicht zusätzliche Arbeiten übernehmen, ist der Motor für dieses System. Der

KAV macht sich auf diese Art und Weise ein ganz schönes Körbergeld, welches dann wieder für fragwürdige Projekte ausgegeben werden kann.

Die KIV im KAV denkt, dass alle MitarbeiterInnen ein Anrecht auf menschenwürdige Arbeitsplätze haben. Dazu gehört auch Respekt und Wertschätzung!



Weit weg von der Basis ist die Führung

... und oft sogar die Personalvertretung.

Von denen, die mit den BewohnerInnen der Geriatriezentren arbeiten wird menschliches Handeln selbstverständlich gefordert. Allerdings: der Fisch beginnt am Kopf zu stinken, eine menschliche Behandlung der Bediensteten ist nicht überall üblich. Froh sein, dass der Arbeitsplatz erhalten bleibt, das ist angesagt! Und still sein, natürlich.

Da fehlt die Wäsche, da fehlt Material, da wird kontrolliert – vor allem die schriftliche Dokumentation –, da werden Konkurrenzen – zwischen Stationen, zwischen Personalgruppen – geschürt, da wird gedroht. Mit Respekt und menschen-

würdiger Arbeit hat das Betriebsklima und das Arbeitsumfeld oft nicht viel zu tun.

Krank geworden? Gar nicht gut! Das geht zu Lasten der KollegInnen – wenn das so bleibt, dann, dann aber auch ... Niederschriften sind nicht selten nach Krankenständen. Und die so genannten „Krankenstandsrückkehrergespräche“ – was für ein Wort – nicht immer und überall freundschaftlich.

Das Geriatriezentrum Am Wienerwald (GGZW) soll gesperrt, das Preyer'sche Kinderspital übersiedelt und viele neue Häuser eröffnet werden. Also wird das GZW personell ausgedünnt, natürlich schon lange vor der Sperre. Und im Dunkel liegt, wie das mit den neuen Häusern werden soll. Wer wird sie betreiben? Alle der Krankenanstaltenverbund? Die meisten der Krankenanstaltenverbund? Wer noch?

Auseinanderdividieren ...

Ein beliebtes Spiel der obersten Führungsebene des Krankenanstaltenverbundes und auch der Politikerinnen liegt im gegenseitigen Ausspielen der Berufsgruppen.

Ob Schwestern gegen Schwestern, Ärztinnen gegen Ärztinnen, Schwestern gegen Ärztinnen und umgekehrt, MTDs gegen beide und umgekehrt, Hausarbeiterinnen

gegen Abteilungshelferinnen und umgekehrt, alle gegen die Verwaltung, Bundesbedienstete gegen Gemeindebedienstete, die Liste ließe sich noch lang

erweitern. Oft genug spielen wir auch noch mit.

Eins ist aber klar: Nicht die Arbeitenden in diesem Haus sind schuld an der Misere, sie tun seit langem mehr, als sie eigentlich können. Und noch eines ist klar: Gegeneinander werden wir nichts verbessern können – miteinander vielleicht einiges.

Leitungsposten im KAV

Was wäre wenn ...

... Leitungsposten auf Zeit besetzt würden
... die Leitenden für diesen Zeitraum gewählt werden (jeweils von der „darunterliegenden Eben“ – die Basis wählt die Stationsleitung, die Stationsleitungen die Oberschwester / Oberpfleger, diese wiederum die PflegedirektorInnen)
... die Leitenden in vier Jahren beweisen müssen, dass die Wahl gerechtfertigt war

Dann müsste doch ...

... jede Person in einer leitenden Funktion sich anstrengen, um gute Arbeit zu leisten
... jeder Person, die wählen darf, bewusst werden, was sie von Leitenden erwartet
... die Möglichkeit bestehen, öfter die Position (und damit die Sichtweise) zu wechseln

Das könnte doch ...

... eine Chance für jene sein, die gute Ideen und Potential haben, aber sich nicht auf Ewigkeiten (bis zur Pensionierung) binden wollen
... auch eine Chance für jene sein, die erkennen, dass sie den falschen Weg eingeschlagen haben und ohne Gesichtverlust wieder zur Basisarbeit wechseln können

... eine Idee für die Zukunft sein?

Handwerkliche Verwendung

Die MitarbeiterInnen der handwerklichen Verwendung des KAV sind zunehmendem Arbeitsdruck ausgesetzt. Reaktionen von Seiten der Dienstgeberin bestehen in Auslagerungen und Fremdvergaben, Erhöhung des psychischen Drucks auf die MitarbeiterInnen, sowie Streichung von Nachtdiensten.

Damit wird der Personalmangel aber nicht behoben, sondern die verbleibenden KollegInnen müssen Mehrfacharbeiten in der gleichen Zeit verrichten. Dass dieser psychische und physische Stress der Gesunderhaltung der arbeitenden Menschen nicht förderlich ist, liegt auf der Hand.

Trotz der vermehrten Anforderungen an diese Berufsgruppe und die Ausweitung der täglich anfallenden Tätigkeiten gibt es jedoch keinerlei Auswirkungen auf die Entlohnung der Beschäftigten. Es bedarf dringend einer Überarbeitung des Gehaltsschemas um wenigstens einen Bruchteil der geleisteten Arbeit anzuerkennen und entsprechend abzugelten.

Nebengebühren müssen ohne Verlust durch mögliche Krankenstandstage zur Auszahlung gelangen.

Es ist als ein Zeichen der Anerkennung für das große Engagement der Bediensteten wichtig, dass gerade unter erschwerten Arbeits- und Lebensbedingungen (Infektionszeiten, wirtschaftlich schwierige Situation, ...) wenigstens ein finanzieller Ausgleich geboten wird, um die Stabilität der schwer unter Druck geratenen Verwendungsgruppe erhalten zu können.

Bildungsbudget: Finanzminister Pröll braucht keine BIG-Mietenstunden, weil LehrerInnen 120 Millionen Euro ins Budget einzahlen. Von Reinhart Sellner.

ÜBERSCHUSS

Seit dem ORF-Mittagsjournal vom 8. Jänner 2010 ist es öffentlich: Der Kompromiss, mit dem Regierung und GÖD, BMUKK und ARGE LehrerInnen den Arbeitskonflikt um eine von Ministerin Schmied angekündigte und mit Finanzminister Pröll akkordierte Erhöhung der Lehrverpflichtung um zwei Unterrichtsstunden im Frühjahr 2009 beendet haben, war keiner.

Es sind die LehrerInnen, die mit Einkommensverlusten (Abgeltung für Überstunden, Prüfungen, Abendschulstunden + freiwillige Altersteilzeit) und unbezahlter Mehrarbeit für dem BMUKK vorenthaltene 180 Millionen Euro aufkommen müssen, während der Bundesbeitrag von 200 Millionen (Stundung der BIG-Mieten für Schulgebäude 2009 + 2010) auf höchstens 80 Millionen Euro 2010 zurückgefahren wird, weil das BMUKK die 120 Millionen Euro für 2009 nicht in Anspruch genommen hat. Es hat sich beim Jahresabschluss herausgestellt, dass der Fehlbetrag nicht so hoch ist, wie die VerhandlerInnen geglaubt haben und daher genügen die Einsparungen durch das „LehrerInnenopfer“, wenigstens für 2009.

Die von FCG/ÖVP als Sieg über Schmied gefeierte Abwehr der geplanten generellen Arbeitszeiterhöhung um 2 Unterrichts- beziehungsweise 4 Wochenstunden war ein Pyrrhus-Sieg. Während sich die Ministerin zu Jahresbeginn über eine „budgetäre Punktlandung“ freut, weil das „Gesamtpaket“ aus Einkommensverlusten und unbezahlter Mehrarbeit gegriffen hat – und über das Doppelbudget 2009/2010 hinaus greifen wird, findet ÖVP-Bildungssprecher Amon, die „Optik fatal (ist), weil sie Vertrauen kaputt macht, die Gewerkschaft eine Fülle an Kürzungen (habe) hinnehmen müssen“ und jetzt verzichte

Schmied auf 120 Millionen Euro, die sie zur Verfügung gehabt hätte.

LehrerInnengewerkschafter Riegler (Pflichtschulen) meint dazu, dass das Ministerium schon damals bei den Verhandlungen „nicht mit offenen Karten gespielt“ habe. Bei den Verhandlungen sei am Schluss um jede Million gestritten worden, so Riegler – „und jetzt haben wir auf einmal 120 Millionen Euro Schwankungsbreite“. Die offenbar erzielten Einsparungen hätten Schmied bereits mit Beginn des Schuljahrs bekannt sein müssen. Anders sieht es der grüne Bildungssprecher Walscher: „Die Länder melden ihren tatsächlichen LehrerInnenbedarf nicht korrekt an das Unterrichtsministerium. Die Personalplanung erfolgt deshalb auf Grund grober Schätzungen, was zu massiven Fehlplanungen führt“. AHS-Gewerkschaftsvorsitzende Scholik ist „erobost“, weil sich nun zeigt, dass die vom BMUKK verwendeten Zahlen „hinten und vorne nicht gestimmt haben“ und sieht wie Amon das „Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der Ministerin tief gestört“ (APA, derStandard.at, 8. Jänner 2010).

Die von Amon und Scholik gestellte Vertrauensfrage trifft nicht nur Schmied, die Personalkosten auf Kosten der LehrerInnen eingespart hat, sondern auch den ÖVP-Finanzminister, dessen Bildungs-Budgetansatz um 180 Millionen Euro (2009) oder 260 Millionen Euro (BIG-Mietenausfall 2010?) von den 500 („Kompromiss“-Millionen vom März/April 2009) abweicht, den SPÖ-Bundeskanzler, aber auch die führenden FCG-FunktionärInnen auf Gewerkschaftsseite, deren Sachkompetenz trotz ihrer guten Kontakte zu „schwarzen“ Beamten des BMUKK, der Landeslehrerräte (Personalhoheit und Planung für die LandeslehrerInnen), des BMFin und zur ÖVP-Spitze nicht ausreicht

haben, den Schätzungen von BMUKK und BMFin wohlbegründete eigene Schätzungen entgegenzusetzen.

Der Ablauf der Ereignisse vor und nach dem Aschermittwoch ist mehr als verworren. Einigermaßen plausibel erscheint Folgendes: Nach einer ergebnislos abgebrochenen ersten Bildungsbudgetverhandlung BMUKK-BMFin kam es zu einer zweiten, bei der das BMFin die gegebenen gesetzlichen Verbindlichkeiten (Gehaltserhöhungen, Vorrückungen, Weiterführen der Senkung der KlassenschülerInnenzahlen in den jeweils folgenden 1. Klassen, Standards, Schulversuche ...) wieder nicht zur Gänze übernahm und stattdessen die Bildungsministerin durch Verbilligung der LehrerInnenarbeit – Schmieds Favorit war die +2-Arbeitszeiterhöhung – den Fehlbetrag von 500 Millionen Euro kompensieren sollte.

Dieses vertrauliche Ergebnis wurde von ÖVP-Seite den Medien zugespielt, Schmied bestätigte die Meldung („Aschermittwoch“) und die betroffenen LehrerInnen an den Schulen reagierten spontan und heftig. Nach zehn Gehrjahren mit Einsparungen, Gehaltsverlusten und „kalten“ Arbeitszeiterhöhungen, die stets als „Reformen“ verkauft wurden, sind die Arbeitsbedingungen mehr als angespannt.

Die Gewerkschaft griff den Protest auf und organisierte ihn bundesweit und schultypenübergreifend, die Stoßrichtung ging aber nicht in Richtung Bildungsbudget, sondern gegen die Bildungsministerin und ihre politisch von Teilen der ÖVP, von FCG-GÖD und von Teilen der FSG-Minderheit angefeindeten Reformvorhaben, insbesondere Gesamtschulversuche (nMS), Schulverwaltungsreform, Ganztagschule und das BIFIE. Die Ministerin, die bei der ersten Verhandlungsrunde

noch ihren Rücktritt in den Raum stellte, sollte das Bildungsbudget die Reformvorhaben nicht abdecken, schwenkte umgehend auf Regierungslinie ein – das Budget ist unantastbar und die LehrerInnen sollen Opfer bringen. Die von Pröll als Alternative zu +2 vorgeschlagenen Maßnahmen (die in etwa dem „Kompromiss“ entsprechen haben) konnten keine 500 Euro einspielen, der Schmied-Plan der Arbeitszeiterhöhung war angesichts der Streikbereitschaft an den Schulen, angesichts der Unterstützung der LehrerInnen durch die gesamte GÖD und durch den ÖGB politisch nicht durchzusetzen, im öffentlichen Dienst begannen andere, ebenfalls von Kosten- beziehungsweise Personal-Einsparungen betroffene Ressorts Budget-Nachverhandlungen zu fordern.

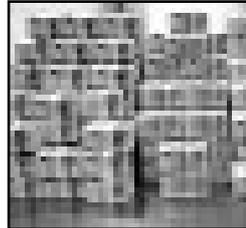
In dieser Situation erklärten GÖD-Chef Neugebauer, Kanzler und Vizekanzler den Konflikt, der im BMUKK nicht zu lösen war, zur „Chefsache“. Die in der Öffentlichkeit und in den LehrerInnenzimmern nachhaltig diskreditierte Ministerin wurde zwei Tage vor Prölls Budgetrede von der Regierungsspitze entlastet oder overruled, 200 Millionen Euro zusätzlicher Budgetmittel wurden zugesagt, aus Rücksicht auf die anderen Ressorts und deren DienstnehmerInnen nicht als Budgetaufstockung, sondern als vom Finanzminister angeordneter Kredit der ausgegliederten Bundesimmobiliengesellschaft BIG. Angesichts der nicht vorhersehbaren krisenhaften Wirtschafts- und Budgetprognosen und der damit verbundenen Rückzahlung kam diese Stundung einer Nach-Budgetierung gleich. Wie das BMUKK mit seiner pünktlichen Miet-Ablieferung zeigt, war es aber keine. Schmied zahlt 120 Millionen Euro und glaubt damit, bessere Karten bei den nächsten Budgetverhandlungen zu haben. 2010 rechnet sie damit, dass sie die Stundung der verbleibenden 80 Millionen Euro in Anspruch nehmen muss. „Die Mittel fehlen nachhaltig“, daher werden für 2011 und die Folgejahre sehr harte Budgetverhandlungen bevorstehen, trotz der Vorleistung der LehrerInnen, die nicht ohne Folgen für das geplante neue Dienst- und Besoldungsrecht sein dürfte (APA, derStandard.at, 8. Jänner 2009)

Die Personalvertretungswahlen im November 2009, in denen FCG-GÖD

auf das „Feindbild“ Schmied setzte und dabei bis 8. Jänner 2010 den „Kompromiss“ als FCG-ÖVP Sieg über die „Gesamtschul“- und Schminkkoffer-Ministerin propagierte, Pröll als Big Spender in letzter Minute, brachten der „schwarzen“ Mehrheitsfraktion deutliche Zugewinne.

Die SPÖ-Ministerin hat politische Glaubwürdigkeit und Durchsetzungsmöglichkeiten verloren. Nicht nur gegenüber dem Finanzminister. Die begonnenen Reformen stocken: Die beabsichtigte Ausweitung der Gesamtschulversuche, die dank der FCG-ÖVP-Blockade bisher weitgehend Hauptschulversuche geblieben sind, ist Schmied ebenso wenig gelungen, wie Schritte in Richtung einer Schulverwaltungsreform durch Abbau von Mehrgleisigkeiten und transparente Personalplanung durch den Bund (gemeinsames BundeslehrerInnendienstrecht statt 9 LandeslehrerInnendienstrechte), die offensive Ausweitung des Bildungsbudgets zur Finanzierung von Schulreform, Dienstrechts- und Besoldungsreform oder neuer LehrerInnen-ausbildung (qualifizierte Uni-Masterstudien für LehrerInnen aller Altersstufen) wird nicht wahrgenommen, stattdessen werden 120 Millionen Euro vorseilend bezahlt.

Die Forderung nach dem Aufschneiden des von Schmied und Pröll vereinbarten Bildungsbudgets stellten im Frühjahr 2009 nur die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD – und das allein hätte den LehrerInnen die 2009 beschlossenen Einkommensverluste samt unbezahlter Mehrarbeit ersparen können. Dann hätte es nämlich mehr BMUKK-Mittel gegeben und keine Stundung von BIG-Mieten bis zum nächsten Budget. Die BIG-Mieten und die LehrerInnen wären ohne Abstriche bezahlt worden und die am 8. Jänner 2010 offensichtlich gewordene Fehleinschätzung hätte der Bildung tatsächlich 120 zusätzliche Millionen gebracht, die in zusätzliches Personal und bauliche Maßnahmen für Individualisierung, soziale Integration, Ganztagschulen, Schulentwicklung und Schulversuche investiert werden könnten. Die Reaktion der Unabhängigen GewerkschafterInnen auf den Verzicht auf die Stundungs-Millionen war ein offener Brief (siehe Kasten).



„Jetzt haben wir auf einmal 120 Millionen Euro Schwankungsbreite“

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schmied,

wie den österreichischen Medien am 8. Jänner 2010 zu entnehmen ist, haben Sie auf die Stundung von 120 Millionen Euro für Mieten für Schulgebäude für das Jahr 2009 verzichtet. Sie begründen das damit, dass die Kosten für die LehrerInnen weniger stark gestiegen sind als prognostiziert. Zugleich habe die Einführung der Altersteilzeit mehr als vorhergesehen zur Entlastung des Bildungsbudgets beigetragen, genauso wie es die Gewerkschaften der LehrerInnen Ihnen bei den Verhandlungen im Frühjahr vorhergesagt haben.

Unter diesen Voraussetzungen erscheint es uns wenig verständlich, warum die LehrerInnen mit massiven Gehaltseinbußen durch veränderte Prüfungsgebühren, Gratis-Supplierregelungen und Neuwertung der Stunden

in Schulen für Berufstätige etc. den Hauptteil Ihres Bildungssparprogrammes tragen sollten.

Wir fordern Sie daher dringend auf,
– Berechnungssysteme einzuführen, die derartige Fehlkalkulationen in Zukunft verhindern,
– Positive Schulreformmaßnahmen, wie die 25-er Klassen, Beistellung von psychologischem, medizinischem, sozialpädagogischem und Sozialarbeitspersonal an allen Schulen, Schulleitungsteams auf Zeit etc. umzusetzen
– Die massiven Gehaltseinbußen rückgängig zu machen.

Positive Motivation der LehrerInnen ist die Grundvoraussetzung für ein weiter erfolgreiches Bildungssystem. Österreich kann es sich leisten, mehr Geld in die Bildung zu stecken.

Mit freundlichen Grüßen, ÖLI/UG

**Keine Angst vor Reformen!
Her mit der Bildungsmilliarde!**

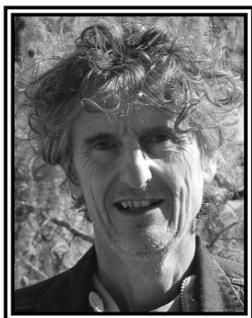
SES ODER DIE GLÄSERNE MITARBEITERIN

Commander Überblick lehnt sich zufrieden in seinen extra-großen Bürostuhl und nimmt einen dicken Zug aus der Zigarre. Eigentlich ist das ja seit Jahren verboten – wegen der Gesundheitsrichtlinie, die natürlich auch im Büro gilt. Aber er gönnt sich ja sonst nichts und in seinem Zimmer wird er wohl machen dürfen, was *er* will. Schließlich ist er ja der Boss.

Nun ja, ganz der oberste Boss ist er ja nicht, aber der Personalchef allemal. Und er weiß, was in dem Schuppen los ist. Jederzeit weiß er Bescheid über seine Schäfchen und besonders über die, die nicht so schäfchenweich sind.

Ein Blick in seinen Monitor, der von der Tür bis zum Fenster reicht – das ist sich gerade ausgegangen in dem Raum, der ja gar nicht so klein ist, und er weiß Bescheid. In dem Bildschirmfenster rechts unten zum Beispiel: Sein besonderer Liebling, der vorlaute und immer quirlige Müller hält's nie lange an seinem Platz aus. Gekommen ist er heut früh um 6:45 Uhr, dann erst um 7:09 Uhr den PC eingeschaltet – eine bedenkliche Lücke von 24 Minuten tut sich da auf – da ist doch glatt der Sensor am Gang ausgefallen – muss ich sofort erneuern lassen, notiert sich der Commander.

Dann bis 8:39 Uhr regelmäßige Eingaben in den PC. Da um 8:53 Uhr der erste Cafe vom Automaten im dritten Stock – warum er wohl ständig zu diesem Automaten geht und nicht in seinem Stock bleibt, da muss ich ihn mal danach fragen. Diesmal hat er den Milchkaffee genommen – das sieht der



WOLFGANG HUTTER
IST IM AUSSCHUSS
„MAGISTRATSDIREKTION“
KIV-PERSONALVERTRETER.

Wolfgang Hutter erzählt eine Geschichte über die „Personalverwaltung“ bei der Stadt Wien.

Commander in der Personalcard-Abrechnung, die stets in Echtzeit erfolgt; hat wohl eine lange Nacht gehabt und verträgt jetzt nichts richtiges. Toll dieses neue DMIIIB-Programm (Die Mannschaft Immer Im Blick). Das ist sein Geld einfach wert.

Gedankenverloren schweift der Blick des Commanders weiter, da ertönt ein leises Piepen und macht ihn auf den Krankenstand von Susi Fröhlich aufmerksam. Was die wohl hat, gestern bei der Betriebsfeier war sie ja ganz munter und lustig. Wie lang sie wohl im Haus gewesen ist. Ein paar Klicks und da: Die ist erst um drei Uhr in der Früh unten aus dem Haus raus – und das zeitgleich mit drei Kollegen. Den Krankenstand werd ich mir genauer anschauen müssen, denkt der Commander...

So weit, so utopisch; und das hat ja gar nichts mit uns zu tun, wird wohl so manchEr von uns jetzt denken.

Nun, so ist es *jetzt* sicher nicht gedacht im Magistrat Wien. Die Infrastruktur dafür entsteht allerdings gerade in vielen Amtshäusern und folgt exakt dem Zeitgeist, der auf Kontrolle setzt – denn wer nichts zu verbergen hat, der braucht die Kontrolle ja nicht zu fürchten.

Ein Blick in die nicht allzu ferne Zukunft macht aber Sorge, dass da bald die SES-Schrauben etwas nachgedreht

werden könnten. Die Partei, die für plakativ einfache und gut kommunizierbare Lösungen bekannt ist, wird auch in Wien nach der nächsten Wahl stärker sein und unter anderem massiv Druck auf die vermeintlichen Privilegien der Bediensteten der Stadt Wien ausüben. Dann ist es nur mehr ein kleiner Schritt, die vorhandene Infrastruktur besser auszunutzen und plötzlich werden Aufzeichnungen und Auswertungen, die heute kein Thema der Dienstgeberin sind, in ganz anderem Licht erscheinen. Ohne viel Fantasie kann frau sich vorstellen, dass dann die Mittagspause plötzlich nicht mehr Arbeitszeit ist und im SES sekundenge-

nau gebucht werden muss. Auswertungen über Arztbesuche sind jederzeit möglich und können auf ihre zeitliche Lage in Bezug auf die Kernzeit beurteilt werden. Statistiken über persönliche Zeitstrukturen sind möglich und vielleicht interessiert es dann auch, wer jeden Montag deutlich später kommt als sonst und daraus sind leicht (falsche) Schlüsse zu ziehen.

Anders ausgedrückt: Wenn die Dienstgeberin unter politischen Druck kommt, wird sie zumindest einen Teil des Drucks nach unten weitergeben.

Und hier setzt die KIV mit ihrer Forderung an: *Jetzt muss die Gewerkschaft eine Betriebsvereinbarung mit der Dienstgeberin abschließen, die detailliert regelt, welche Anwendungen und Auswertungen im SES zulässig und welche nicht zulässig sind.*

Es reicht nicht, in den Ausschüssen der Personalvertretung darüber zu beraten. Die Vereinbarung muss her, solange das politische Umfeld freundlich ist!



FEKTERS GUANTANAMO

Flüchtlinge, dem Krieg, der Folter, dem Tod entkommen, sollen sofort nach ihrer Ankunft hinter Gitter. Ohne Ansehen der Person. „Ohnedies nur am Anfang für vier Wochen“, beruhigt Fekter.

Bis klar ist, wohin man sie abschieben kann. In der kritischsten Phase am Beginn, wenn sich entscheidet, ob sie überhaupt zum Asylverfahren zugelassen oder gleich zurückgeschoben werden in einen unsicheren Dublin-Staat.

In diesen alles entscheidenden Wochen will Fekter sie so gründlich isolieren, dass sie todsicher keinen Schutz finden können:

Keinen Zugang zu einem unabhängigen Rechtsbeistand, keine Untersuchung durch unabhängige Psycholo-

Alle einsperren und abschieben – das ist Fekters Programm.

Von Michael Genner.



gen, keinen Kontakt zu Freunden und Verwandten. Interniert und isoliert in einem Lager im hintersten Winkel Österreichs.

Wie wir hören, gibt es jetzt sogar schon SPÖ-PolitikerInnen, denen vor Fekter graust. Das sagt einiges, denn die SPÖ hat all die Jahre hindurch alle Gesetze gegen die Menschlichkeit mitbeschlossen. „Breite Mehrheit“ nannte man das ...

Fünzig Organisationen haben am 20. Oktober gemeinsam mit Asyl in Not Fekters Rücktritt gefordert. Der neue Skandal bestärkt uns in unserem Urteil: Fekter muß weg. Ihr Abgang muß den Weg frei machen für eine gründliche Reform:

Keine Schubhaft für AsylwerberInnen. Abschaffung der Dublin-Verfahren. Österreich muß wieder Asylland werden – die Menschenrechte müssen wieder gelten in diesem Land.

Michael Genner ist Obmann von „Asyl in Not“.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin für Inneres,

LehrerIn sein bedeutet (hoffentlich) mehr als nur Dienst nach Vorschrift zu verrichten. Ohne das Engagement, das PädagogInnen durchgehend beweisen, wäre es um die Arbeit mit den Jugendlichen schlecht bestellt.

Wenn wir soziale Werte vermitteln, basieren diese selbstverständlich auch auf den Menschenrechten, auf die sich die UNO vor Jahrzehnten geeinigt hat. Wir versuchen in Geschichte und Politischer Bildung, auch auf emotionaler Ebene die Voraussetzungen für ein anständiges, humanitäres Bewusstsein zu schaffen. Wir zeigen auf, wo in Vergangenheit und Gegenwart diese Anständigkeit mit Füßen getreten oder hochgehalten wurde und wird.

Die Praxis der österreichischen Asylpolitik, wegen der auch heute wieder unsere Jugendlichen erleben müssen, wie voll integrierte MitschülerInnen über Nacht verschwinden, spricht der erwähnten Anständigkeit Hohn.

Wegen der jahrelangen Dauer des Prüfverfahrens geht es nicht mehr nur darum, ungebetene oder unberechtigte Gäste zurück zu weisen, sondern ein solidarisches jahrelanges Miteinander und Gemeinschaftsgefühl zu zerstören und den Jugendlichen vor Augen zu führen, mit welcher Kälte unser (?) Staat mit vertrauten Mitmenschen umspringen kann.

Manche Ihrer Äußerungen, insbesondere der Vergleich mit den Sehorganen von Rotwild, hat dieser sehr unbefriedigenden Situation noch einen unnötigen I-Punkt verpasst.

Frau Ministerin, die PädagogInnen, die ihr Herz noch schlagen spüren und im Unterricht Werte vermitteln wollen, stehen Ihrer bisherigen Haltung fassungslos gegenüber.

Ohne geeignete Zuwanderung würde Österreich bekanntlich aussterben. Gerade von Ihnen, die Sie sich zu einer sich christlich-sozial nennenden Gemeinschaft bekennen, erwarten wir alle nötigen Schritte, dass keine integrierten Jugendlichen mehr aus Österreich vertrieben werden!

Die bisherige österreichische Asylpraxis führt Jugendlichen vor Augen, dass wir jahrelang mit Mitmenschen verbunden sind und diese plötzlich mit Gewalt entfernt werden. Soll das etwa „soziales Lernen“ und ein Bekenntnis zu den Menschenrechten bedeuten? Wir erwarten von Ihnen Handlungen, die den von Ihrer Gesinnungsgemeinschaft propagierten Werten entsprechen!

Österreich, im Jänner 2010

Wilfried Mayr, ÖLI/UG-Vorsitzender
Mag. Josef Fuchsbauer, ÖLI/UG-Bundeskoordinator



Die Geschichte einer Eskalation.
 Aus: *Jakobs Notizbuch* – gefunden in Facebook.

AUDIMAX

Nach zwei Monaten Besetzung wurde das Audimax in Wien am 23. Dezember 2009 in den frühen Morgenstunden geräumt. Zwanzig bis dreißig Studierende und zirka achtzig Obdachlose verließen auf Aufforderung von Polizeibeamten, Securities und Angestellten des Raum- und Ressourcenmanagements der Universität Wien friedlich das Gebäude. Die Räumung markiert den vorläufigen Endpunkt einer systematischen Eskalation der Situation durch die Universitätsleitung.

Die Vorgangsweise des Rektorats in den vergangenen Wochen ähnelte dem aus schlechten Polizeierien allseits bekannten Konzept „Guter Bulle, böser Bulle“. Magnifizenz Winckler übernahm höchstpersönlich die Rolle des „Guten“: An einer „politischen Lösung“ interessiert, gesprächs- und kompromissbereit und eigentlich sowieso überzeugt von der Sache der Studierenden. Seine eigene Pressesprecherin übernahm hingegen die Rolle der „Bösen“: Die Scharfmacherin, die Ultimaten setzt, wo es gar keine gibt, Antworten auf Angebote einfordert, die noch gar nicht ausgesprochen wurden und bei jeder Gelegenheit die Kosten und Risiken der Besetzung anprangert.

Sie erhöhte mit Presseaussendungen und Interviews tagtäglich den Druck auf die Studierenden, während er ihnen über verdeckte Kanäle seine Begeisterung für die Bewegung ausrichtete. Und dieser schizophrene Paarlauf funktionierte gut. So gut, dass sogar in der Bewegung viele die Pressesprecherin als Ursache des Problems ausmachten, glaubten, sie würde ihre Linie auf eigene Faust und gegen den Willen des Rektors fahren.

Doch das müsste sich gestern eigentlich erledigt haben. Um sieben Uhr früh werde ich von einer SMS geweckt: Das Audimax wird gerade geräumt.

Eine dreiviertel Stunde später stehe ich gemeinsam mit einer immer größer werdenden Gruppe vor dem Audimax.

Jeder versucht Informationen von den anderen zu bekommen. Nur wenige waren wirklich dabei, aber alle haben ein paar Bruchstücke zu bieten.



Endlich beschließt die Gruppe sich im noch immer besetzten Hörsaal C1 im Alten AKH zu sammeln. Im Laufe des Vormittags kommen dort immer mehr Menschen zusammen, und auch die Informationen werden klarer.

RÄUMUNG AUS SICHERHEITSGRÜNDEN?

Das Rektorat begründet die Räumung mit einer Zuspitzung der Sicherheitslage. Raufereien, Drogenparties und brennende Mistkübel hätten keine andere Wahl gelassen.

Fakt ist, die Sicherheitslage hat sich nicht verändert. Jedes Rockkonzert, jedes Fußballspiel, jedes Dorffest hat dieselben Probleme wie die Besetzung des Audimax. Diese Probleme waren bekannt und es wurde ständig an ihrer

Lösung gearbeitet. Fakt ist auch, das Rektorat, beziehungsweise Blum in ihrer Rolle als „böser Bulle“, hat seit Wochen an der Konsolidierung dieser Begründung gearbeitet. Regelmäßig wurde, mangels wirklich gravierender Zwischenfälle, von brennenden Mistkübeln und kaputten Rauchmeldern berichtet.

Jeder Polizeieinsatz im Audimax wurde thematisiert, auch wenn die meisten durch anonyme Anrufe aus irgendeiner Telefonzelle ausgelöst wurden und über „Ist hier was passiert?“ – „Nein“ – „Ok, dann gehen wir wieder“ nicht hinausgingen.

Trotzdem diente all das, um die Öffentlichkeit auf die Räumung vorzubereiten.

Öffentlichkeit auf die Räumung vorzubereiten.

OBDACHLOSE VERSORGT?

Die Frage der Versorgung der Obdachlosen wurde von den BesetzerInnen selbst aufgeworfen.

Viele, die hier zusammenlebten, wollten die Augen vor den Problemen ihrer Mitmenschen nicht verschließen und mussten dafür viel Kritik einstecken. Die Universität sei für diese Frage nicht zuständig und die bildungspolitischen Hintergründe der Besetzung würden durch sie nur verdrängt.

Der Gedanke, dass diese Menschen im Winter auf die Straße gesetzt werden sollten, ließ uns trotzdem nicht los, weshalb weiterhin an der Lösung des Problems gearbeitet wurde.



Gemeinsam mit Rektorat und Wohnungslosenorganisationen wurde ein Plan ausgearbeitet. Von einer zweiten Gruft für Nicht-Wiener wurde gesprochen und die Caritas erklärte sich bereit, kurzfristig zusätzliche Schlafplätze aufzustellen.

Einen Tag bevor diese Plätze bereit waren, ließ das Rektorat das Audimax räumen. Den Obdachlosen wurden Flyer mit der Adresse der „Erstanlaufstelle für erwachsene obdachlose und wohnungslose Menschen“ (P7) in die Hand gedrückt.

Als ich meine Wohnung Richtung Audimax verließ hatte es $-9,7$ Grad. Das P7 selbst erfuhr von der Räumung über das Radio, andere Wohnungslosenorganisationen reagierten entsetzt über die Vorgangsweise der Universitätsleitung.

Markus Reiter, Geschäftsführer der Notschlafstelle Neunerhaus, meinte am Telefon, diese Menschen wären „mutwillig“ in die Kälte geschickt worden, alles was die Erstanlaufstelle P7 ihnen im Moment geben würde, wäre die Information, dass es keine freien Betten gibt.

KEINE KONSTRUKTIVE LÖSUNG MÖGLICH?

Hätte das Rektorat noch einen Tag gewartet, wären nicht nur die Obdachlosen versorgt gewesen, im Plenum am Abend hätte auch über ein Gegenangebot an das Rektorat gesprochen werden sollen. Viele der BesetzerInnen waren für eine gemeinsame Lösung mit dem Rektorat. Die Eskalationsstrategie der Universitätsleitung hat die Position dieser Menschen innerhalb der Bewegung aber sukzessive geschwächt.

Viele BesetzerInnen waren für Gespräche mit dem Rektorat. Das Verhalten des Rektorats in diesen Gesprächen und seine ständigen Versuche, die dort anwesenden BesetzerInnen zu „VertreterInnen“ der Bewegung zu machen, stärkten die Position der Menschen, die grundsätzlich gegen Gespräche waren.

Viele BesetzerInnen waren gegen die Besetzung der Büroräume im Hof 5 des Hauptgebäudes und für die Rückkehr der „offiziellen“ Lehrveranstaltungen ins Audimax. Die Räumung dieser Besetzung und die kurz darauf folgende komplette Räumung verhinderten einen

entsprechenden Richtungsentscheid in der Bewegung.

Ich weiß nicht, wie der schizophrene Paarlauf im Rektorat entstand. Vielleicht tanzt die Pressesprecherin ihrem Chef wirklich auf der Nase herum. Für mich sieht es aber eher nach einer gemeinsam geplanten Strategie aus. Denn Rektor Winckler spielte die Rolle des „Guten“ nur, bis die Stimmung in der Öffentlichkeit gegen die Besetzung gekippt war. Dann ließ er seine Maske fallen und aus „Guter Bulle, Böser Bulle“ wurde „Vier Fäuste gegen eine Besetzung“.

Die Vorgangsweise des Rektorats in den letzten Wochen hat zur Eskalation der Lage geführt. Sie hat jene BesetzerInnen gestärkt, die gegen Gespräche und gegen die Öffnung für Lehrveranstaltungen waren. Jenen Menschen, die für Gespräche und für gemeinsame Lösungen waren, wurde gestern vom Rektorat der Boden unter den Füßen weggezogen.



Winfried Wolf,
Sieben Krisen – Ein Crash,
2009 Promedia Wien
253 Seiten

Der Großteil der „Erklärungen“ der aktuellen globalen Krise des Kapitalismus verbleibt weitgehend an der Oberfläche: Geredet wird von einer bloßen Krise des „Finanzsektors“, der „Gier der Spekulanten“, und so weiter. Entsprechend dürftig fallen auch die „Antworten zur Behebung der Krise“ aus: Mehr Regulierung der aus den Fugen geratenen Finanzmärkte, Transaktionssteuer, etwas mehr staatliche Interventionen – also eine Prise Neoklassizismus.

Solange solche Erklärungen und Antworten nur auf den bürgerlichen Meinungsmärkten zirkulieren, sollte uns das nicht weiter kratzen. Peinlich wirds, wenn Gewerkschaften darauf reinfallen, ja sogar Teile der globalisierungskritischen Bewegung sie verzapfen. Und ungenügend ist es auch, wenn nur von Krise in der Einzahl gesprochen wird, also ihre nichtökonomischen Facetten ausgeblendet bleiben.

Die Argumentation des überzeugten – undogmatischen – Marxisten Winfried Wolf hebt sich hier wohltuend ab. Sie stößt in die Tiefenstruktur der kapitalistischen Produktionsweise vor und kommt auf insgesamt sieben Krisenstränge, die, ineinander verwoben, den aktuellen Crash bewirkt haben.

Wolf zerpflückt in beeindruckender Manier, den Mythos, dass die „Krise nicht voraussehbar war“. Im Kapitel

Winfried Wolfs Buch bietet eine tiefgehende Analyse der aktuellen Krisen des globalen Kapitalismus, quer zu diversen gänzlich an der Oberfläche verharrenden „Erklärungen“.

Von Hermann Dworczak.

„Die Krise der Realwirtschaft“ werden gleich „200 Jahre kapitalistischer Krisenzyklus“ dargestellt. Und auch „die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist in erster Linie eine Krise der materiellen Produktion“.

Diese These wird an Hand der IT-Branche und Autoindustrie, als „Exempel für die allgemeine Krise“ empirisch erhärtet.

Überproduktion ist die eine Seite der ökonomischen Krise. Ihre Kehrseite heißt Unterkonsumption – also der allgemeine Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage. Während die Vulgärökonomie beide Seiten auseinanderreisst, unterstreicht Wolf: „Überproduktion und Unterkonsumption bilden eine Einheit“. Der Abschnitt „Die Verteilungskrise“ belegt dies durch die Schilderung zahlreicher internationaler Entwicklungen.

Die Krisen lassen sich auch geografisch lokalisieren. Sie verlaufen nicht zuletzt „Nord-Süd“ und zeigen sich in einer „diabolischen Allianz von Erdöl-, Auto- und Agrobusiness“.

Der Kapitalismus stellt ein spezifisches Wachstumsmodell dar und „diese spezifische ökonomische Grundstruktur (hat) eine dramatische Klimaveränderung heraufbeschworen und damit die größte Herausforderung in der Geschichte der Menschheit auf die Tagesordnung gesetzt“.

Das Kapitel „Die Hegemoniekrise“ hat die Relativierung der Führungsrolle der imperialistischen Hauptmacht, der USA, zum Thema.

All diese einzelnen Faktorenstränge beeinflussen das, was Marx den „tendentialen Fall der Profitrate“ genannt hat („Die Krise des Profits“).

Die diversen milliarden schweren „Rettenungsprogramme“ der bürgerlichen Staaten bedeuten nur ein kurzes Durchatmen (auf Kosten der Massen). Und die nächste Krise ist – nicht nur für Wolf – so sicher wie das Amen im Gebet.

Um aus der Lähmung und Passivität herauszukommen, ist es notwendig, ein „alternatives antikapitalistisches Programm“ zu entwickeln, ein Programm, das an den „aktuellen Erscheinungen der Krise und am Bewusstsein der Menschen anknüpft und sich zugleich perspektivisch auf eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung orientiert“. Denn es ist „das kapitalistische System selbst, das die Systemfrage auf die Tagesordnung setzt“.